

Leitfaden für die Beratung des Haushaltes 2018

in der 26. Sitzung des Rates der Stadt am 27.11.2017

Einleitend darf ich feststellen, dass in allen Fachausschüssen und abschließend mit dem Finanz- und Personalausschuss der komplette Haushalt formal behandelt und vorberaten wurde. Die abschließende inhaltliche Beratung mit Würdigung aller Ergänzungs- und Veränderungsbedarfe erfolgt im Rahmen der heutigen Sitzung des Rates der Stadt.

Beratungsfolge:

zu TOP 5.8 (Drucksache Nr. B/16/3097-01)

1. Beratung und Beschlussfassung der 1. – 3. Veränderungsnachweisung (VN) zum Entwurf des Haushaltes 2018

Vorbemerkung zum Haushalt 2018 durch Herrn Stadtkämmerer Tsalastras?

Die abschließende Vorberatung der 1. – 3. Veränderungsnachweisung ist im Finanz- und Personalausschuss am 20.11.2017 erfolgt.

Ich rufe einzeln zur **Beratung** und **Beschlussfassung** über die Veränderungsnachweisung auf.

- VN 1: **Änderungsvorschläge der Verwaltung**
(Erträge und Aufwendungen, Einzahlungen und Auszahlungen, Verpflichtungsermächtigungen, Ziele und Kennzahlen)
- VN 2: **Änderungsvorschläge der Verwaltung -Gebühren, Entgelt WBO GmbH-**
(Erträge und Aufwendungen, Einzahlungen und Auszahlungen)
- VN 3: **Änderungsvorschläge der Verwaltung**
(Erträge und Aufwendungen, Einzahlungen und Auszahlungen)

zu TOP 5.9

2. Änderungs- und Ergänzungsanträge zum Haushalt 2018

zu TOP 5.9.1 (Drucksache A/16/3144-01)

Änderungsantrag der SPD-Fraktion, Fraktion Die Grünen und FDP im Rat zum Haushalt 2018: Einrichtung eines Verhütungsmittelfonds

Ich rufe zur **Beratung** und **Beschlussfassung** den Änderungsantrag auf

zu TOP 5.9.2 (Drucksache A/16/3138-01)

Ergänzungsantrag der SPD-Fraktion, Fraktion Die Grünen und der FDP im Rat zum Haushalt 2018: Ziele und Kennzahlen

Ich rufe zur **Beratung** und **Beschlussfassung** den Ergänzungsantrag auf

Zu TOP 5.9.3 (Drucksache A/16/3151-01)

Änderungsantrag der SPD-Fraktion, Fraktion Die Grünen und der FDP zum Haushalt 2018: Entwicklung eines Handlungskonzeptes „Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit“ für die Stadt Oberhausen

Ich rufe zur **Beratung** und **Beschlussfassung** den Änderungsantrag auf

zu TOP 5.9.4 (Drucksache A/16/3174-01)

Antrag der Bürgerliste

Zielvereinbarung im Haushalt 2018 in den Produktbereichen formulieren

Ich rufe zur **Beratung** und **Beschlussfassung** den Änderungsantrag auf

zu TOP 5.10

3. Haushaltsplanberatungen

Beratung und Beschlussfassung der Teilergebnispläne und der Teilfinanzpläne des Haushaltsplanentwurfs 2018

Ich rufe einzeln zur **Beratung** und **Beschlussfassung** die zusammengefassten Teilergebnispläne und Teilfinanzpläne des Haushaltsplanentwurfs 2018 auf:

Produktbereich 01	Innere Verwaltung	Seiten 72-95 des Haushaltsplanentwurfes
Produktbereich 02	Sicherheit und Ordnung	Seiten 96-115 des Haushaltsplanentwurfes
Produktbereich 03	Schulträgeraufgaben	Seiten 116-135 des Haushaltsplanentwurfes

Produktbereich 04	Kultur- und Wissenschaft	Seiten 136-153 des Haushaltsplanentwurfes
Produktbereich 05	Soziale Leistungen	Seiten 154-168 des Haushaltsplanentwurfes
Produktbereich 06	Kinder- und Familien- hilfe	Seiten 169-188 des Haushaltsplanentwurfes
Produktbereich 07	Gesundheitsdienste	Seiten 189-197 des Haushaltsplanentwurfes
Produktbereich 08	Sportförderung	Seiten 198-212 des Haushaltsplanentwurfes
Produktbereich 09	Räumliche Planung und Entwicklung, Geo- information	Seiten 213-227 des Haushaltsplanentwurfes
Produktbereich 10	Bauen und Wohnen	Seiten 228-238 des Haushaltsplanentwurfes
Produktbereich 11	Ver- und Entsorgung	Seiten 239-248 des Haushaltsplanentwurfes
Produktbereich 12	Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV	Seiten 249-279 des Haushaltsplanentwurfes
Produktbereich 13	Natur- und Landschafts- Pflege	Seiten 280-289 des Haushaltsplanentwurfes
Produktbereich 14	Umweltschutz	Seiten 290-296 des Haushaltsplanentwurfes
Produktbereich 15	Wirtschaft und Tourismus	Seiten 297-306 des Haushaltsplanentwurfes
Produktbereich 16	Allgemeine Finanzwirtschaft	Seiten 307-316 des Haushaltsplanentwurfes

4. Kenntnisnahme der Anlagen (s. Haushaltsplanentwurf 2018):

Wir kommen jetzt zu den Anlagen zum Haushaltsplanentwurf 2018. Ich bitte folgende Anlagen zum Haushaltsplan zur **Kenntnis zu nehmen**, wobei ich Ihr Einverständnis voraussetze, dass ich sie gemeinsam aufrufe:

- a) **Vorbericht**
- b) **Bilanz des Vorvorjahres**
- c) **Übersicht: Verpflichtungsermächtigungen**
- d) **Übersicht: Zuwendungen an Fraktionen**
- e) **Übersicht: Voraussichtlicher Stand der Verbindlichkeiten zu Beginn des Haushaltsjahres**
- f) **Übersicht über die Entwicklung des Eigenkapitals**
- g) **Übersicht der Budgets nach § 21 Abs. 2 GemHVO („Zweckbindungen“)**
- h) **Wirtschaftspläne**
 - **Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen**
 - **Theater Oberhausen am Ebertplatz**
- i) **Jahresabschlüsse der**
 - **ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen GmbH**
 - **Bau- und Wohnungsgenossenschaft „Werkbundsiedlung Am Ruhrufer e. G.“**
 - **BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH**
 - **IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH**
 - **Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH**
 - **OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH**
 - **STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH**
 - **TMO Tourismus & Marketing Oberhausen GmbH**
 - **VZO Verwaltungszentren Oberhausen GmbH**
 - **WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH**
- j) **Übersicht: Bezirksbezogene Haushaltsangaben**
 - **Alt-Oberhausen**
 - **Sterkrade**
 - **Osterfeld**

Ich stelle fest, dass Sie die Anlagen zur Kenntnis genommen haben.

5. Beratung und Beschlussfassung der Dringlichkeitslisten hinsichtlich der unaufschiebbaren Investitionen sowie der Reserveliste für Investitionen für das Haushaltsjahr 2018 (Stand November 2017)

Ich rufe nunmehr zur **Beratung und Beschlussfassung** über die Dringlichkeitslisten sowie die Reserveliste der Investitionen für das Haushaltsjahr 2018 (Listen 1 bis 4) auf.

- **Liste 1:** Investitionen der Stadt Oberhausen
- Rentierliche Maßnahmen -
(nur kostenrechnende Einrichtungen/Gebührenhaushalte)
- **Liste 2:** Investitionen der Stadt Oberhausen, die im Rahmen der Erfüllung von gesetzlichen Pflichtaufgaben notwendig sind,
- **Liste 3:** Investitionen der Stadt Oberhausen - Einzahlungen nach Produkten und Maßnahmennummern, denen keine konkreten Auszahlungen gegenüber stehen –
- **Liste 4:** Reserveliste für Investitionsmaßnahmen 2018

6. Beratung und Beschlussfassung über den Ergebnisplan 2018 und den Finanzplan 2018

Ich rufe nunmehr zur **Beratung** und **Beschlussfassung** über den Ergebnisplan und den Finanzplan 2018 auf.

Ergebnisplan:

Finanzplan:

7. Schlusserklärungen der Fraktionen

zu TOP 5.11 (Drucksache Nr. B/16/3094-01)

8. Abstimmung über die Haushaltssatzung 2018

Abstimmung über die §§ 1 bis 9 (Einzelabstimmung) sowie die Abstimmung über die Haushaltssatzung 2018 insgesamt

Ich rufe nunmehr zur **Beratung** und **Beschlussfassung** über die §§ 1 bis 9 (Einzelabstimmung) sowie über die Haushaltssatzung 2018 insgesamt auf.

§ 1 Ergebnisplan und Finanzplan

§ 2 Kreditermächtigung für Investitionen

§ 3 Verpflichtungsermächtigung

§ 4 Ausgleichsrücklage und allgemeine Rücklage

§ 5 Kredite zur Liquiditätssicherung

§ 6 Steuersätze

§ 7 Haushaltssanierungsplan

§ 8 Über- und außerplanmäßige Aufwendungen / Auszahlungen

§ 9 Wertgrenzen für den Einzelnachweis der Investitionsmaßnahmen

Abstimmung über die Haushaltssatzung insgesamt.

Dringlichkeitsliste: Investitionen für das Haushaltsjahr 2018 / Beträge in EUR - Stadt Oberhausen

**Rentierliche Maßnahmen
(nur kostenrechnende Einrichtungen/Gebührenhaushalte)**

Lfd. Nr.	Maßnahme (und ggf. Förderbereich od. Ressort des Landes)					Auszahlungen		Förderung 2018 Bewilligung und Auszahlung im laufenden HH-Jahr			ggf. Beteiligung durch Dritte	Eigenanteil der Gemeinde (GV)		
	Produkt	Maßnahmenummer	Maßnahmenbezeichnung	Dez.	Begründung	insgesamt	Anteil 2018	erteilte Bewilligung	erwartete Bewilligung	Auszahlung		Vorjahr/e	lfd. Hj.	Folge- jahr/e
1					2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
1	021601	610002160100000 610002160100100 610002160100200 610002160100300	Rettungsdienst Krankentransport Rettungstransport Notarzteinsatz	2	Sowohl die Fahrzeuge als auch die Geräte sind durch den kontinuierlichen Einsatz einem hohen Verschleiß ausgesetzt. Da die benötigten Gegenstände ihr Abschreibungsalter erreicht bzw. teilweise überschritten haben, ist zur Gefahrenabwehr und zur Sicherstellung des Rettungsdienstes der Neuerwerb notwendig. Aufgrund des aktuellen Rettungsdienstgutachtens und des Rettungsdienstbedarfsplanes sind im Jahr 2018 u.a. die Neuanschaffung von 1 RTW, 2 KTW und diversen Ausstattungsgegenständen, z. B. Infusionsspritzenpumpen notwendig. Die Folgekosten werden über Gebühren finanziert.		1.372.000						1.372.000	
2	110301	560011030100000	Kanalbauprogramm	5	Ausgaben für den Kanalbau.		9.690.000						9.690.000	
3	130601	242013060190000 243013060190000	Friedhofsprogramm Sterkrade Friedhofsprogramm Osterfeld	2	Bedarfsgerechte Beschaffung von Urnenstelen		132.500						132.500	
Summe							11.194.500						11.194.500	

Dringlichkeitsliste: Investitionen für das Haushaltsjahr 2018 / Beträge in EUR - Stadt Oberhausen														
Lfd. Nr.	Maßnahme (und ggf. Förderbereich od. Ressort des Landes)					Auszahlungen		Förderung 2018 Bewilligung und Auszahlung im laufenden HH-Jahr			ggf. Beteiligung durch Dritte	Eigenanteil der Gemeinde (GV)		
	Produkt/ -gruppe	Maßnahmenummer	Maßnahmebezeichnung	Dez.	Begründung	insgesamt	Anteil 2018	erteilte Bewilligung	erwartete Bewilligung	Auszahlung		Vorjahr/e	lfd. Hj.	Folge- jahr/e
1				2		3	4	5	6	7	8	9	10	11
1	011103	460001110100000	Geschwindigkeitsüberwachungsanlagen	2	Erwerb von Geschwindigkeitsmessanlagen.		250.000						250.000	
2	011301	870001130100000	Unbebaute Grundstücke	4	Grunderwerbskosten allgemein, Erschließungsbeiträge und KAG-Beiträge für städtische Grundstücke. Erwerb von Kompensations- und Ausgleichsflächen. Eine Teilrefinanzierung in Folgejahren wird erwartet.		250.000						250.000	
3	011301	870001130100010	BPlan 421 An Kahlens Kuhle	4	Notwendige Restarbeiten "An Kahlens Kuhle".		5.000						5.000	
4	011301	870001130100100	Essener Str.	4	Notwendige Umbaumaßnahmen bzgl. des Gebäudes "Essener Str.".		1.000.000						1.000.000	
5	011301	870001130100300	Sonstiges Grundvermögen B-Plan 655	4	Erschließung / Ausbau, Herrichtung der Kompensationsflächen nach entsprechender Grundstücksvermakrktung (B-Plan 655-Landwehr). Umsetzung der Sportplatzkonzeption. Der Endausbau kann voraussichtlich erst in 2018 ff. erfolgen.		350.000						350.000	
6	011301	870001130100400	Sonstiges Grundvermögen B-Plan 659	4	Erschließung / Ausbau, Herrichtung der Kompensationsflächen entsprechend des Fortschritts der Vermarktung (B-Plan 659-Dinnendahlstr.) sowie Erzielung von Verkaufserlösen nach entsprechender Grundstücksvermarktung. Umsetzung der Sportplatzkonzeption. Verschiebung ins Jahr 2018.		10.000				180.000		-170.000	
7	011301	870001130100500	Sonstiges Grundvermögen B-Plan 662	4	Erschließung / Ausbau, Herrichtung der Kompensationsflächen entsprechend des Fortschritts der Vermarktung (B-Plan 662-Lilienthalstr.) sowie Erzielung von Verkaufserlösen nach entsprechender Grundstücksvermarktung. Umsetzung der Sportplatzkonzeption.		335.500				985.900		-650.400	
8	011301	870001130102000	Verwaltungsgebäude	4	Ansatz für anfallende Baumaßnahmen in Verwaltungsgebäuden incl. HOAI-Kosten.		56.000						56.000	
9	011301	870001130102050	Vernetzung Verwaltungsgebäude	4	Ausbau der Vernetzung an Verwaltungsgebäuden.		112.000						112.000	
10	020104	240002010400000	Kommunalet Ordnungsdienst	2	Beschaffung eines E-Fahrzeuges.		24.690	17.700					6.990	
11	021501	610002150100000	Feuerschutz	2	Der Neuerwerb von Fahrzeugen und Geräten wird zur Gefahrenabwehr notwendig. Zudem wird die Unterhaltung der Fahrzeuge, der Geräte und Gebäudeeinrichtungen von der Feuerwehr weitgehend in Eigenleistung durchgeführt. Um die Einsatzfähigkeit der Feuerwehr sicherstellen zu können, müssen regelmäßig die Ausrüstungsgegenstände/-geräte ausgetauscht bzw. erneuert werden (u.a. sind 2 Versorgungsfahrzeuge (Abwicklung aus 2017), 1 Abrollbehälter und 1 Abrollbehälter Sonderlöschmittel, 2 Mannschaftstransportfahrzeuge, für Digitalfunk Fahrzeugfunkgeräte, die Leitstellentechnik und Handfunkgeräte sowie sonstige Geräte und Technikzubehör zu erneuern bzw. anzuschaffen und Einsatzwagen mit Digitalfunk umzubauen).		3.399.500		275.000				3.124.500	

Dringlichkeitsliste: Investitionen für das Haushaltsjahr 2018 / Beträge in EUR - Stadt Oberhausen

Lfd. Nr.	Maßnahme (und ggf. Förderbereich od. Ressort des Landes)					Auszahlungen		Förderung 2018 Bewilligung und Auszahlung im laufenden HH-Jahr			ggf. Beteiligung durch Dritte	Eigenanteil der Gemeinde (GV)		
	Produkt/-gruppe	Maßnahmenummer	Maßnahmebezeichnung	Dez.	Begründung	insgesamt	Anteil 2018	erteilte Bewilligung	erwartete Bewilligung	Auszahlung		Vorjahr/e	lfd. Hj.	Folge- jahr/e
1				2		3	4	5	6	7	8	9	10	11
12	021502	610002150200000	Feuerschutz	2	Durchführung von zusätzlichen Hochbaumaßnahmen unter Beachtung von DIN-Normen sowie Erneuerung von Oberböden.		35.000						35.000	
13	021502	610002150200000	Abwehr von Großschadensereignissen - Warnsysteme	2	Ausbau der Warnsysteme gemäß gesetzlicher Verpflichtung. Durchführungszeitraum ursprünglich 2016/2017, jetzt verschoben auf 2017/2018. (Gesamtauszahlungsvolumen = 975.000 EUR).		485.000						485.000	
14	0301	310003010000000	Weiterführende Schulen	3	Einbau von Amokalarmierung an weiterführenden Schulen.		24.000						24.000	
15	0301	310003010000100	Gute Schule 2020	3	Umsetzung des Programms "Gute Schule 2020", 100%ige Refinanzierung über die NRW.Bank (Kreditverwendung). Zeile 33 Finanzierungstätigkeit.		7.654.840						7.654.840	
16	0301	310003010001000	Schulen (Vernetzung)	3	Ausbau der Vernetzung an Schulen.		168.000						168.000	
17	0301	310003010002000	Inklusion an Schulen	3	Errichtung von Differenzierungsräumen im Rahmen der Inklusion.		443.500	230.000					213.500	
18	0301	310003010003000	Schulgebäude	3	Ansatz für anfallende Baumaßnahmen an Schulgebäuden incl. HOAI-Kosten.		90.000						90.000	
19	030101	310003010100100	KIF Hartmannschule	3	Schulneubau; 90%ige Förderung über KlnvFöG erwartet. Restabwicklung aus 2017.		1.170.000		1.053.000				117.000	
20	030104	310003010400000	Bertha-von-Suttner-Gymnasium	3	Vertragliche Verpflichtung mit der Emschergerossenschaft (bis 2038) bezgl. Regenwasserbewirtschaftung.		5.500						5.500	
21	030106	310003010600100	Gesamtschule Osterfeld	3	Umbau von 2 NW-Räumen zu Klassenräumen		39.700						39.700	
22	030107	310003010700100	Hans-Böckler-Berufskolleg	3	Aufwertung des Aufenthaltsbereiches; 90%ige Landesförderung für Investitionen an Gemeinden zur Förderung von Quartieren mit besonderem Entwicklungsbedarf (von 36.000 EUR).		39.600	32.400					7.200	
23	040701	860004070100000	Musikschule	1	Beschaffung von Instrumenten (100% refinanziert).		22.450				22.450		0	
24	060101	310006010100010	KIF KTE Stadtmitte (Friedenstr.)	3	Abriss und Neubau; 90%ige Förderung über KlnvFöG erwartet. Restabwicklung aus 2017.		3.170.000		2.853.000				317.000	
25	060101	310006010100200	KTE Bahnstraße	3	Anbau an der bestehenden KTE, da Bedarf an weiteren Plätzen besteht. Restabwicklung aus 2017.		1.123.000	584.950					538.050	
26	060101	310006010100600	KTE Am Uhlandpark (OB-Ost; Knappenschule)	3	Restabwicklung aus 2017.		2.049.000	1.145.460					903.540	
27	060101	310006010101000	KTE John-Lennon-Platz	3	Restabwicklung aus 2017.		1.572.000	306.000					1.266.000	
28	060101	310006010106000	KTE Lirich	3	Planung einer neuen KTE.		80.000						80.000	
29	060101	310006010107000	KTE OB-Stadtmitte	3	Planung einer neuen KTE.		80.000						80.000	
30	060101	310006010109000	KTE Gebäude	3	Ansatz für anfallende Baumaßnahmen an Kindertageseinrichtungen incl. HOAI-Kosten.		56.000						56.000	

Dringlichkeitsliste: Investitionen für das Haushaltsjahr 2018 / Beträge in EUR - Stadt Oberhausen

Lfd. Nr.	Maßnahme (und ggf. Förderbereich od. Ressort des Landes)					Auszahlungen		Förderung 2018 Bewilligung und Auszahlung im laufenden HH-Jahr			ggf. Beteiligung durch Dritte	Eigenanteil der Gemeinde (GV)		
	Produkt/-gruppe	Maßnahmenummer	Maßnahmebezeichnung	Dez.	Begründung	insgesamt	Anteil 2018	erteilte Bewilligung	erwartete Bewilligung	Auszahlung		Vorjahr/e	lfd. Hj.	Folge- jahre
1						3	4	5	6	7	8	9	10	11
31	060102	310006010290010	Spielplatz Styrumer Park	3	Aufwertung des Spielplatzes; 90%ige Landesförderung für Investitionen an Gemeinden zur Förderung von Quartieren mit besonderem Entwicklungsbedarf (von 200.000 EUR).		213.400	180.000					33.400	
32	060102	310006010290020	Spielplatz Volkspark (am Teich)	3	Aufwertung des Spielplatzes; 90%ige Landesförderung für Investitionen an Gemeinden zur Förderung von Quartieren mit besonderem Entwicklungsbedarf (von 80.000 EUR).		88.000	72.000					16.000	
33	060102	310006010290030	Spielplatz Körnerstr.	3	Aufwertung des Spielplatzes; 90%ige Landesförderung für Investitionen an Gemeinden zur Förderung von Quartieren mit besonderem Entwicklungsbedarf (von 80.000 EUR).		88.000	72.000					16.000	
34	060102	310006010290040	Spielplatz Elpenbachstr.	3	Aufwertung des Spielplatzes; 90%ige Landesförderung für Investitionen an Gemeinden zur Förderung von Quartieren mit besonderem Entwicklungsbedarf (von 60.000 EUR).		66.000	54.000					12.000	
35	060102	310006010290050	Spielplatz Steinbrinkstr.	3	Aufwertung des Spielplatzes; 90%ige Landesförderung für Investitionen an Gemeinden zur Förderung von Quartieren mit besonderem Entwicklungsbedarf.		3.700	3.330					370	
36	060102	310006010290400	Spielplätze/- geräte	3	Neugestaltungen auf städt. Spielplätzen und auf Schulhöfen um eine gefahrlose Nutzung der Anlage gewährleisten zu können.		447.000						447.000	
37	080101	250008010101000	Sportgebäude/-anlagen	2	Ansatz für anfallende Baumaßnahmen an Sportgebäuden/-anlagen incl. HOAI-Kosten.		56.000						56.000	
38	080101	250008010102000	Leuchtenumrüstung Sporthallen	2	Ansatz für anfallende Baumaßnahmen für Leuchtenumrüstung in Sporthallen		1.346.000	486.310					859.690	
39	080103	250008010300400	Sportfreianlage Mülheimer Str. (Hans-Jansen-Sporthalle)	2	Sanierung und Modernisierung einer Sportfläche/eines Bolzplatzes; 90%ige Landesförderung für Investitionen an Gemeinden zur Förderung von Quartieren mit besonderem Entwicklungsbedarf. Maßnahmeabwicklung in 2017, Restförderung in 2018.		490.000	414.000					76.000	
40	080103	251008010300300	KIF Sportanlage Mellinghofer Sanierung Tennisplatz	2	Notwendige Sanierung und Ertüchtigung des Tennisplatzes an der Sportanlage Mellinghofer Str. 90%ige Förderung über KlnvFöG erwartet. Verschiebung aus 2017.		620.000		558.000				62.000	
41	080103	251008010300301	KIF Sportanlage Mellinghofer Sanierung Sporthalle	2	Notwendige Sanierung und Ertüchtigung der Sporthalle an der Sportanlage Mellinghofer Str. 90%ige Förderung über KlnvFöG erwartet. Verschiebung aus 2017.		260.000		234.000				26.000	
42	080103	252008010300600	KIF Sportanlage Biefang/Schw. Heide Sportplatz Erlenstr. Kunstras.	2	Ertüchtigung des Sportplatzes Erlenstr. Durch den Einbau von Kunstrasen. 90%ige Förderung über KlnvFöG erwartet. Verschiebung aus 2017.		780.000		702.000				78.000	
43	080103	252008010300601	KIF Sportanlage Biefang/Schw. Heide Umkleidegebäude Erlenstr.	2	Notwendiger Neubau eines Ersatzgebäudes für das bestehende Sportfunktionsgebäude. 90%ige Förderung über KlnvFöG erwartet. Verschiebung aus 2017.		650.000		585.000				65.000	
44	090201	510009020106104	Freizeitfläche Innenstadt	5	Umgestaltung eines Teilbereiches in der Innenstadt zu einer Jugendfreizeitfläche. Gesamtkosten 639.000 EUR, 80%ige Förderung gem. Bewilligung. Maßnahmeverschiebung nach 2018ff.		679.000	177.380					501.620	

Dringlichkeitsliste: Investitionen für das Haushaltsjahr 2018 / Beträge in EUR - Stadt Oberhausen

Lfd. Nr.	Maßnahme (und ggf. Förderbereich od. Ressort des Landes)					Auszahlungen		Förderung 2018 Bewilligung und Auszahlung im laufenden HH-Jahr			ggf. Beteiligung durch Dritte	Eigenanteil der Gemeinde (GV)		
	Produkt/ -gruppe	Maßnahmenummer	Maßnahmebezeichnung	Dez.	Begründung	insgesamt	Anteil 2018	erteilte Bewilligung	erwartete Bewilligung	Auszahlung		Vorjahr/e	lfd. Hj.	Folge- jahr/e
1			2			3	4	5	6	7	8	9	10	11
45	090201	510009020106105	Integr. Dachgewächshaus	5	Errichtung eines integrierten Dachgewächshauses im neuen Gebäude des Jobcenters. Gesamtkosten 2.555.800 EUR. Eine 90%ige Förderung ist gem. konkreter Bewilligung gegeben (Einzahlungsansatz gem. Kassenwirksamkeit des Bewilligungsbescheides. Ansatzanpassung gemäß aktualisierter Auszahlungsplanung. Das Gesamtauszahlungsvolumen bleibt unverändert.		2.030.500	1.827.450					203.050	
46	090201	510009020106800	GSO Errichtung Multifunktionskomplex	5	Planungskosten zur Erarbeitung eines Zuwendungsantrages für das STEP 2019 (erwartete Förderung, 80%).		190.000						190.000	
47	090201	510009020107103	Gartenstr. Spielplatzumgestaltung	5	Umgestaltung Spielplatz Gartenstr., erwartete 80%ige Förderung gem. Quotierung (bis 2021). Durchführungszeitraum 2018.		231.440		41.880				189.560	
48	090201	510009020107104	Tirpitzstr. Spielplatzumgestaltung	5	Umgestaltung Spielplatz Tirpitzstr., erwartete 80%ige Förderung gem. Quotierung (bis 2021). Durchführungszeitraum 2018.		85.000		15.390				69.610	
49	090201	510009020107200	OB-Brückenschlag	5	Umsetzung von Teilprojekten "Energetische Sanierung LVR-Museum", 80%ige Förderung. Durchführungszeitraum 2018/2019.		724.270		579.410				144.860	
50	090201	510009020107201	OB-Brückenschlag	5	Umsetzung von Teilprojekten "Barrierefreiheit", 80%ige Förderung. Durchführungszeitraum 2018/2019.		217.140		173.710				43.430	
51	090201	510009020107202	Elsa-Brändström-Gymnasium Schulhofgestaltung	5	Planungskosten zur Erarbeitung eines Zuwendungsantrages für das STEP 2019 (erwartete Förderung, 80%).		20.500						20.500	
52	090201	510009020107203	Altenbergpark Umgestaltung	5	Planungskosten zur Erarbeitung eines neuen, geänderten Zuwendungsantrages (erwartete Förderung, 80%).		170.000						170.000	
53	110301	560011030100100	Versickerung Niederschlagswasser	5	Wiederaufbau und Sicherung der eingestürzten Gabionenwand "Handbach/Laubgraben". Restarbeiten in 2018.		621.000		440.000				181.000	
54	120101	560012010100000 560012010101000 560012010100300 560012010101300	Gemeindestraßen	5	Verkehrssicherungspflicht nach dem Straßenweggesetz und der Straßenverkehrsordnung. Zahlungsverpflichtungen für abgeschlossene Grunderwerbsverhandlungen. Grunderwerbskosten für verschiedene Grunderwerbsvorgänge gem. § 11Straßen- und Wegegesetz NW. Erneuerung von Systemeinheiten, Induktionsschleifen, Signalprogrammänderungen u. a..		596.380						596.380	
55	120101	560012010100030	KIF Friesenstraße	5	Notwendige Lärmschutzmaßnahmen. 90%ige Förderung über KInvFöG erwartet.		185.000		166.500				18.500	
56	120101	560012010100035	KIF K15 Steinbrinkstraße	5	Notwendige Lärmschutzmaßnahmen. 90%ige Förderung über KInvFöG erwartet.		90.000		81.000				9.000	
57	120101	560012010100040	KIF K5 Bebelstraße	5	Notwendige Lärmschutzmaßnahmen. 90%ige Förderung über KInvFöG erwartet.		624.000		561.600				62.400	
58	120101	560012010100045	KIF Nathlandstraße	5	Notwendige Lärmschutzmaßnahmen. 90%ige Förderung über KInvFöG erwartet.		455.000		409.500				45.500	

Dringlichkeitsliste: Investitionen für das Haushaltsjahr 2018 / Beträge in EUR - Stadt Oberhausen														
Lfd. Nr.	Maßnahme (und ggf. Förderbereich od. Ressort des Landes)					Auszahlungen		Förderung 2018 Bewilligung und Auszahlung im laufenden HH-Jahr			ggf. Beteiligung durch Dritte	Eigenanteil der Gemeinde (GV)		
	Produkt/ -gruppe	Maßnahmenummer	Maßnahmebezeichnung	Dez.	Begründung	insgesamt	Anteil 2018	erteilte Bewilligung	erwartete Bewilligung	Auszahlung		Vorjahr/e	lfd. Hj.	Folge- jahr/e
1	2					3	4	5	6	7	8	9	10	11
59	120101	560012010101100	Gemeindestraßen und sonst. öffentl. Verkehrsflächen	5	B-Plan Nr. 279 A, Dinslakener Str./Burgstr.. Erschließungsplanungen (100%ige Refinanzierung - wurde bereits in Vorjahren realisiert) und weiterer Ausbau der Abwasseranlage. Verschiebung nach 2018/2019.		80.000						80.000	
60	120101	560012010102400	Wegweisung Osterfelder Str.	5	Verschiebung der Maßnahme aufgrund der Brückenarbeiten Osterfelder Str..		135.360						135.360	
61	120101	560012010102800	Wegeverbindungen	5	Notwendige Fußwegeverbindungen und allgemeine Verkehrssicherungsmaßnahmen zur Schulwegsicherung im gesamten Stadtgebiet.		50.000						50.000	
62	120101	560012010104200	Förderung der Nahmobilität	5	Förderprogramm des Landes zur Förderung der Nahmobilität, z. B. Fahrradabstellanlagen, Wegweisungen, Öffentlichkeitsarbeit, Gehwege etc. Förderung bis zu 70% möglich, Durchführungszeitraum 4 Jahre.		20.000		12.000				8.000	
63	120101	560012010104300	Freitaler Platz	5	Optimierung der Verkehrssituation Freitaler Platz/Sterkrader Tor (Asphaltdecke und Markierungsarbeiten im Knotenpunktbereich Dorstener-/Teutoburger Str.). Verschiebung der Maßnahme nach 2019, lediglich HOAI in 2018.		37.500						37.500	
64	120101	560012010104500	Wilhelmstraße	5	Ausbau der Wilhelmstraße zur Verbesserung der allgemeinen Verkehrssicherheit und der Schulwegsicherung sowie zur Verringerung der Lärmimmission. Verschiebung der Maßnahme nach 2018ff..		275.000						275.000	
65	120101	560012010104700	Radfahrererkennung an LSA	5	Einrichtung eines Radfahrererkennungssystems an LSA zur Verbesserung der Radverkehrssituation im Rahmen des Bundeswettbewerbs "Klimaschutz im Radverkehr". Gesamtkosten 286.600 EUR. Resteinzahlungsbetrag in 2018.		0	23.760					-23.760	
66	120101	560012010104900	Im Mattensfeld	5	Herstellung einer Baustraße in 2019, lediglich HOAI in 2018.		37.500						37.500	
67	120101	560012010105000	Kita Am Umlandpark	5	Notwendige Erschließungsmaßnahmen zur endgültigen Umsetzung der Baumaßnahme.		275.000						275.000	
68	120101	560012010105100	Am Sandhügel	5	Straßendeckenerneuerung einschl. Bodenaufbau etc.		462.000						462.000	
69	120101	560012010108900	Erneuerung LSA Gemeindestraßen	5	Maßnahme zur Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs. Verkehrssicherungspflicht nach dem Straßenwegesgesetz und der Straßenverkehrsordnung. Erneuerung von Signalanlagen.		100.000						100.000	
70	120101	560012010120000	Straßenbeleuchtung	5	Erneuerungsprogramm der öffentlichen Beleuchtung. Fortführung des Energiesparkonzeptes. Einsparung von Energiekosten. Freileitungsumstellungen bei Beleuchtungsanlagen. Verkehrssicherungspflicht nach dem Straßenwegesgesetz und der Straßenverkehrsordnung. Beträge werden jährlich festgesetzt.		1.150.000						1.150.000	

Dringlichkeitsliste: Investitionen für das Haushaltsjahr 2018 / Beträge in EUR - Stadt Oberhausen														
Lfd. Nr.	Maßnahme (und ggf. Förderbereich od. Ressort des Landes)					Auszahlungen		Förderung 2018 Bewilligung und Auszahlung im laufenden HH-Jahr			ggf. Beteiligung durch Dritte	Eigenanteil der Gemeinde (GV)		
	Produkt/ -gruppe	Maßnahmenummer	Maßnahmebezeichnung	Dez.	Begründung	insgesamt	Anteil 2018	erteilte Bewilligung	erwartete Bewilligung	Auszahlung		Vorjahr/e	lfd. Hj.	Folge- jahr/e
1				2		3	4	5	6	7	8	9	10	11
71	120101	560012010190000 560112010190000 560212010190000	Gemeinde-, Kreis-, Landesstraßen -Straßenbauprogramm-	5	Abwicklung des jährlichen Straßenbauprogrammes. Tiefbauarbeiten (insbesondere Straßenbaumaßnahmen) zur Erfüllung der Verkehrssicherungspflicht nach dem Straßenwegegesetz und der Straßenverkehrsordnung. Beträge werden jährlich festgesetzt.		3.371.000						3.371.000	
72	120101	560112010100300	Kanalbegleitende Maßnahme Kreisstraßen	5	Kosten u.a. für die Wiederherstellung von Straßenoberflächen, die nicht im Rahmen von Kanalbaumaßnahmen finanziert werden.		37.500						37.500	
73	120101	560112010105600	Erneuerung LSA Kreisstraßen	5	LSA Concordia-/Bebelstraße.		200.000						200.000	
74	120101	560112010106100	Thüringer Str.	5	Maßnahme zur Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs. Verkehrssicherungspflicht nach dem Straßenwegegesetz und der Straßenverkehrsordnung (u.a. Neuaufteilung von Verkehrsflächen). Ingenieurleistungen im Vorfeld der Maßnahme.		30.000						30.000	
75	120101	560112010106200	Lindnerstraße K3	5	Maßnahme zur Beseitigung erheblicher verkehrlicher Mängel und Gefahrenquellen, insbesondere für Fußgänger und Radfahrer. Verschiebung der Maßnahme nach 2019. Nur Grunderwerbskosten in 2018.		14.000						14.000	
76	120101	560212010100300	Kanalbegleitende Maßnahme Landesstraßen	5	Kosten u.a. für die Wiederherstellung von Straßenoberflächen, die nicht im Rahmen von Kanalbaumaßnahmen finanziert werden.		61.310						61.310	
77	120101	560212010104500	Mellinghof/Al.Heid(LS)	5	Maßnahme zur Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs. Verkehrssicherungspflicht nach dem Straßenwegegesetz und der Straßenverkehrsordnung. Honorarleistungen für Vorplanungen der WBO GmbH. Durchführung der Maßnahme in 2020/2021.		30.000						30.000	
78	120101	560212010106700	Ost-West-Rampe	5	Resteinzahlung.		0		426.500				-426.500	
79	120101	560212010108000	Neubau der L 215 n von Weseler Str. bis Weierstraße	5	Maßnahme zur Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs. Verkehrssicherungspflicht nach dem Straßenwegegesetz und der Straßenverkehrsordnung. Aufhebung des Bahnübergangs "Weseler Straße" im Zuge der Betuwe-Linie. Förderung ab 2019 ff..		665.000						665.000	
80	120101	560212010108100	L 155 Weseler Str.	5	Restabwicklung (Schlussrechnung HOAI-Leistungen) der Straßenbaumaßnahme.		15.470		50.000				-34.530	
81	120101	560212010108300	L 4 Emmericher Straße (LS)	5	Maßnahme zur Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs. Verkehrssicherungspflicht nach dem Straßenwegegesetz und der Straßenverkehrsordnung. Durchführungszeitraum 2018-2020.		853.180		520.000				333.180	
82	120101	560212010108400	Erneuerung LSA Landesstraßen	5	Maßnahme zur Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs. Verkehrssicherungspflicht nach dem Straßenwegegesetz und der Straßenverkehrsordnung. U. a. LSA Duisburger-/Concordiastr.		670.000						670.000	
83	120101	560212010108600	Lärmaktionsplan	5	Vermeidung / Verringerung potentiell gesundheitsgefährdender Lärmbelästigungen. Pflichtaufgabe gemäß Bundesimmissionsschutzgesetz. 2. Stufe, u.a. Zusatzbeschilderung, Dialog-Displays.		96.300						96.300	

Dringlichkeitsliste: Investitionen für das Haushaltsjahr 2018 / Beträge in EUR - Stadt Oberhausen														
Lfd. Nr.	Maßnahme (und ggf. Förderbereich od. Ressort des Landes)					Auszahlungen		Förderung 2018 Bewilligung und Auszahlung im laufenden HH-Jahr			ggf. Beteiligung durch Dritte	Eigenanteil der Gemeinde (GV)		
	Produkt/-gruppe	Maßnahmenummer	Maßnahmebezeichnung	Dez.	Begründung	insgesamt	Anteil 2018	erteilte Bewilligung	erwartete Bewilligung	Auszahlung		Vorjahr/e	lfd. Hj.	Folge- jahr/e
1	2					3	4	5	6	7	8	9	10	11
84	120101	560312010100300	LSA Bundesstraßen	5	U.a. LSA Werksgasthaus und Schloss Oberhausen		710.000						710.000	
85	120101	560312010101300	Essener Str. (BS)	5	Maßnahme zur Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs. Verkehrssicherungspflicht nach dem Straßenwegegesetz und der Straßenverkehrsordnung. Verschiebung der Maßnahme nach 2019ff. Lediglich Ingenieurleistungen im Vorfeld.		22.000						22.000	
86	120101	560312010101500	Knotenp.Mülh.Danzig (BS)	5	Maßnahme zur Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs. Verkehrssicherungspflicht nach dem Straßenwegegesetz und der Straßenverkehrsordnung.		120.000						120.000	
87	120105	560012010500000	Parkeinrichtungen (Stellplatzablösebeträge)	5	Maßnahme zur Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs. Verkehrssicherungspflicht nach dem Straßenwegegesetz und der Straßenverkehrsordnung. Stellplatzablösebeträge. Herrichtung von öffentlichem Parkraum.		45.000				45.000		0	
88	120105	560012010500200	Parkraumkonzept	5	Verschiebung der Maßnahme nach 2018.		80.000						80.000	
89	120106	560012010600200	Ersatzbauwerke Bahnübergänge	5	Ersatz des Bahnübergangs Rosa-/Rothofstraße durch Straßenüberführung gemäß Kreuzungsverinbarung mit der DB Netz AG im Rahmen der Betuwe-Linie. Verschiebung der Maßnahme nach 2017ff.		2.215.000	2.400.000					-185.000	
90	120106	560012010600300	Radabstellanlagen VRR	5	Errichtung von Radabstellanlagen zur Verbesserung der Radverkehrssituation im Rahmen des Bundeswettbewerbs "Klimaschutz im Radverkehr".		76.500	65.200					11.300	
91	130201	220013020100000	Naturschutz und Landschaftspflege	5	Verwendung von zweckgebundenen Geldern für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen (kein städtischer Eigenanteil). Aufgrund von Eingriffen in Natur und Landschaft (z.B. durch Bebauung) werden entsprechende Ausgleichszahlungen sowohl von Privatpersonen als auch Firmen zweckgebunden verwandt.		10.000				10.000		0	
92	150401	950015040100019	Theater Oberhausen	1	Umsetzung dringender Baumaßnahmen gem. Priorisierung.		800.000						800.000	
93	150412	950015041200000	Luise-Albertz-Halle	0	Kapitalaufstockung gem. Ratsbeschluss vom 13.02.2017.		750.000						750.000	
94	160102	110016010200000	Allgemeine Finanzwirtschaft	1	Projektmanagementkosten für die OGM GmbH für die Projektleitung- und Projektsteuerungskosten, die im Rahmen der Abwicklung der Projekte des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes anfallen.		380.000						380.000	
Summe							50.002.230	19.072.780					30.929.450	
								8.091.940	9.737.490	0	1.243.350			

Investitionsmaßnahmen 2018 - Einzahlungen nach Produkten und Maßnahmennummern, denen grundsätzlich keine konkreten Auszahlungen gegenüber stehen -					
Produkt	Produktbezeichnung	Maßnahmennummer	Finanzposition	Bezeichnung der Finanzposition	Ansatz 2018
011301	Unbebaute Grundstücke	870001130100000	682100	Einzahlung aus der Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden	500.000 EUR
011301	Bebaute Grundstücke	870001130101000	682100	Einzahlung aus der Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden	1.000.000 EUR
021501	Gefahrenabwehr	610002150100000	683100	Einzahlung aus der Veräußerung von bewegl. Vermögensgegenständen oberhalb von 410 EUR.	30.000 EUR
021601	Rettungsdienst	610002160100000	683100	Einzahlung aus der Veräußerung von bewegl. Vermögensgegenständen oberhalb von 410 EUR.	20.000 EUR
050401	Förderung von Trägern der Wohlfahrtspflege	320005040100000	686180	Rückflüsse von Ausleihungen	8.630 EUR
080101	Förderung des Schul.- u. Vereinssports	250008010100000	686180	Rückflüsse von Ausleihungen	31.760 EUR
100401	Wohnungsbauförderung	540010040100000	686180	Rückflüsse von Ausleihungen	11.510 EUR
110301	Abwasserbeseitigung	560011030100000	688110	Beiträge nach KAG	75.000 EUR
120101	Gemeindestraßen und sonst. öffentl. Verkehrsflächen	560012010100000	682100	Grunderwerb Straßenbau	1.000 EUR
120101	Gemeindestraßen und sonst. öffentl. Verkehrsflächen	560012010101200	688100	Beiträge nach BauGB	700.000 EUR
120101	Gemeindestraßen und sonst. öffentl. Verkehrsflächen	560012010101200	688110	Beiträge nach KAG	1.235.000 EUR
120101	Kreisstraßen	560112010101200	688110	Beiträge nach KAG	8.000 EUR
120101	Landesstraßen	560212010101200	688110	Beiträge nach KAG	15.000 EUR
150401	Wirtschaftliche Unternehmen	950015040100000	684650	Einzahlung aus der Veräußerung von Kapitalpapieren	4.200.000 EUR
160101	Allgemeine Finanzwirtschaft	110016010100000	681101	Investitionspauschale	7.638.830 EUR
	Einzahlungen insgesamt als allgemeine Deckungsmittel				15.474.730 EUR

Liste 3

Reserveliste für Investitionsmaßnahmen 2018

Maßnahmenbezeichnung	Auszahlungsbetrag EUR
Sportanlage Dellwig	850.000
Kanalbauprogramm	1.000.000
LED-Sanierung in Sporthallen	250.000
Rathaus Oberhausen (Umbau Büroräume)	90.000
Bänke in Grünanlagen	40.000
Ruhrdeich (Treppenanlage)	20.000
Knappenhalde (Treppenanlage und Wegesicherung)	94.000
Teichanlagen (Sicherheitsmaßnahmen)	4.000
Sportanlage Open Area	350.000
Sportanlage Kuhle	160.000
Elpenbach (Wegeanlage)	65.000
Kauf von Grundstücken, Gebäuden, Containern etc. im gesamten Stadtgebiet	3.055.000
Ausbau eines Glasfasernetzes für städtische Gebäude (Kostenermittlung läuft)	
	5.978.000



Abschlusserklärung der SPD-Fraktion zum Haushalt 2018

Wolfgang Große Brömer
Vorsitzender

Oberhausen, 27.11.2017

Es gilt das gesprochene Wort!

Anrede,

der Weg zu den heutigen Haushaltsplanberatungen war spannend wie lange nicht mehr. Damit meine ich nicht die wegweisenden Haushaltsdeckungsvorschläge der Fraktionen und Gruppen nach der Einbringung des Haushaltes – die gibt es nämlich nicht –, sondern vielmehr das ständige Auf und Ab des jeweils aktuellen Defizits. Eine Achterbahnfahrt!

Bei der Einbringung des Haushaltes im Juli betrug der Fehlbetrag noch 8,1 Mio. €, dann steigerte er sich nach korrigierten Haushaltsanmeldungen aus den Dezernaten auf fast 10 Mio., schwankte nach oben und unten – und jetzt schließlich haben wir nach vielen Neu- und Nachberechnungen einen ausgeglichenen Haushalt zu verabschieden. Zum zweiten Mal nach vielen Jahren ein ausgeglichener Haushalt, zum zweiten Mal eine „Schwarze Null“!

Ein herzlicher Dank dafür an unseren Kämmerer Apostolos Tsalastras und an seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter!

Und ein nostalgischer Dank an die damalige temporäre Ampelkoalition im Landtag, die den Stärkungspakt verabschiedet hat, ohne den diese „Schwarze Null“ nicht möglich wäre.

Zum zweiten Mal in ihrer Oppositionsgeschichte wird gleich auch die CDU dem Haushalt zustimmen. Getreu dem Motto „Was stört mich mein Geschwätz aus dem Wahlkampf“ macht sie dies trotz der Erhöhung der Gewerbesteuer im nächsten Jahr. Wie im letzten Jahr freuen wir uns aber über die Bereitschaft der CDU, Mitverantwortung für den Haushalt zu übernehmen.

Wir sind gespannt, wie lange diese Bereitschaft anhält. Denn die Haushaltsdecke für 2018 ist verdammt dünn und knapp gewebt. Weitere schwere Entscheidungen werden auf uns zukommen.

Die Hoffnungen auf Landeshilfe sind dabei offensichtlich recht trügerisch. Da werden zwar vollmundig Rettungsprogramme für Kindertageseinrichtungen angekündigt – aber gleichzeitig erreichen uns die Brandbriefe der Wohlfahrtsverbände, die verzweifelt darum bitten, dass der bis zur Jahresmitte vereinbarte städtische Extra-Zuschuss für den Erhalt der KTE-Gruppen fortgesetzt werden soll, weil die Mittel insgesamt nicht auskömmlich sind.

Da wurde die alte Landesregierung – zu Recht – vom damaligen Oppositionsführer Laschet dafür kritisiert, dass die Integrationsmittel des Bundes nicht an die Kommunen weitergeleitet wurden. Und nun?

Wie befürchtet werden die Integrationsmittel auch von der neuen Landesregierung nicht an die Städte und Gemeinden durchgereicht. Die Regierung Laschet legt jedoch noch „eins drauf“: Sie rechnet auch noch die Bundesmittel aus der Verbundmasse des Gemeindefinanzierungsgesetzes heraus! Ergebnis: Den Städten werden nicht nur die Integrationsmittel, sondern auch noch weitere 175 Mio. € vorenthalten!

Und wenn selbst der Oberbürgermeister in seiner Rede zur Einbringung des Haushaltes dazu auffordert, dass „... wir gemeinsam dafür streiten müssen, dass die angekündigte Überprüfung des Systems der Gemeindefinanzierung nicht zu einer Verschlechterung der Finanzausstattung von uns und der anderen finanzschwachen Großstädte führt.“, dann lässt das Böses aus Düsseldorf erwarten: Umverteilungen zu

Gunsten des ländlichen Raumes, Nicht-Berücksichtigung der Soziallasten bei den armen Städten, Umswitchen von Förderprogrammen raus aus dem Ruhrgebiet.

Und Berlin?

Egal, wie und wann Koalitionsverhandlungen in Berlin enden werden, eines steht fest: Die in Aussicht gestellten Förderprogramme und Finanzhilfen stehen zur Debatte, sie werden sich auf jeden Fall verzögern.

Umso mehr müssen wir uns deswegen darum kümmern, unsere eigenen Möglichkeiten auszuloten und Lösungen zu entwickeln.

Ja, die von uns beantragten 50.000 € zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit sind nur der berühmte „Tropfen auf den heißen Stein“, aber sie sind ein Einstieg. Und ein konkreter Hinweis auf das nach wie vor drängendste Problem nicht nur in unserer Stadt: die hohe Arbeitslosigkeit und die damit verbundenen Sozialkosten.

Die finanzielle Not von Alleinerziehenden, das Gefühl der Perspektivlosigkeit bei Langzeitarbeitslosen, die vergebliche Suche nach einem Ausbildungsplatz für die Hälfte unserer Schulabgänger, all' das verursacht nicht nur strukturelle Probleme, sondern auch direkt und indirekt zusätzliche Kosten im Sozialbereich.

Und bei den explodierenden Kosten im Bereich Hilfen zur Erziehung, meine sehr verehrten Damen und Herren von der CDU, hilft wirklich kein erneutes zusätzliches Controlling, sondern man muss endlich mit der Bekämpfung der Ursachen beginnen! Ausbau der frühkindlichen Bildung,

Förderung der Schulen nach den Kriterien eines echten Sozialindex und Verstärkung der Schulsozialarbeit sind hier nur drei wesentliche Bausteine.

Anrede,

bis zum Jahr 2015 haben die Kolleginnen und Kollegen der CDU die Forderung nach Personalabbau wie eine Monstranz vor sich hergetragen. Trotz unserer Warnungen haben sie daran festgehalten, 100 Stellen mehr als im Haushaltssanierungsplan ausgewiesen waren, abbauen zu wollen. Bis zum Jahr 2015...

Die Zahlen sprechen für sich!

Stellenplan 2016: Stellenausweitung von 30,5 Stellen;

Stellenplan 2017: Stellenausweitung von 68,5 Stellen;

Stellenplan 2018: Stellenausweitung von 55,5 Stellen.

Das sind insgesamt 154,5 Stellen mehr – unter Abzug der gestrichenen Planstellen!

Kein Wunder, dass die Gemeindeprüfungsanstalt in ihrem Bericht für den Ältestenrat zu dem Ergebnis kommt: „Das Konsolidierungsziel wird ab 2015 strukturell nicht mehr erreicht!“

Wohlgemerkt, wir sprechen uns nicht gegen notwendige Stellenbesetzungen aus. Aber wir kritisieren die mangelnde Transparenz und die fehlende Struktur in der Bewirtschaftung der Stellen.

Bereits 2012 hat die damalige rot-grüne Koalition in ihrem Begleitantrag zum Haushaltssanierungsplan ein Personalentwicklungskonzept und eine Organisationsuntersuchung zur Aufgaben- und Ausgabenkritik gefordert. Und auch hier sehen wir uns durch die Gemeindeprüfungsanstalt bestätigt,

die in ihrem bereits erwähnten Bericht fordert: „Organisationsuntersuchungen sollten durchgeführt werden. Aufgabenkritik zwingend erforderlich.“ Herr Oberbürgermeister, wir erwarten jetzt endlich belastbare Ergebnisse!

Auch in einem anderen Bereich warten wir auf umsetzbare Ergebnisse. Seit Monaten schleppt sich die Begleitung des KPMG-Gutachtens zur OGM dahin. Wir haben von Anfang an davor gewarnt, eine 1-zu-1-Umsetzung des Gutachtens anzustreben. Dafür enthält die Untersuchung der KPMG viel zu wenige belastbare Aussagen. Unsere Warnungen haben die CDU nicht daran gehindert, selbst in der heutigen Sitzung immer noch leichtfertig davon auszugehen, dass man die fiktiven Einsparungen bei der Umsatzsteuer als Deckungsbeitrag für den Haushalt 2018 vorsehen könne! Wovon träumen Sie denn eigentlich sonst noch?

Tatsache ist aber, dass die zahllosen Begleitarbeitskreise bisher nicht nur weitestgehend ergebnislos gearbeitet haben, sondern die zeitliche Belastung die Arbeit der Verwaltung und der OGM behindert und teilweise sogar lähmt. Das einzige bisher greifbare Ergebnis ist der „Konsens“ in der Arbeitsgruppe IT: Man braucht die zusätzliche, externe Einstellung eines IT-Fachmanns als neue Leitung! Wer hätte das gedacht?!

Herr Oberbürgermeister, lassen Sie klären, was realistisch umsetzbar ist und was nicht, und beenden Sie diesen Dauerprozess, damit Verwaltung und OGM sich endlich wieder um die Erledigung ihrer Aufgaben kümmern können.

Denn, liebe Kolleginnen und Kollegen, Aufgaben haben wir genug! Bei aller demonstrativer Genugtuung über die vermeintlich gute Stimmungslage, die

uns die Bürgerbefragung aus dem Jahr 2016 zu vermitteln scheint, haben uns die Bürgerinnen und Bürger auch drei große Problembereiche in das Stammbuch geschrieben:

Erstens, die Infrastruktur. Die Bürgerinnen und Bürger wünschen sich sicherlich keine Luxusangebote, sondern genau das, was man von seiner Stadt in ausreichendem Maße erwarten darf, z.B. ansprechende Sport- und Freizeitangebote, gute Straßen, verlässliche ÖPNV-Angebote, vielfältige und gut erreichbare Einkaufsmöglichkeiten, eine ausreichende Anzahl von KTE-Plätzen, saubere und gut ausgestattete Schulen, eine moderne, serviceorientierte Verwaltung. Alles das muss zu unserem politischen Tagesgeschäft gehören. Eine umfassende Daseinsfürsorge in allen Stadtteilen muss unser gemeinsames Ziel sein.

Zweitens, die Finanzen. Es ist den Bürgerinnen und Bürgern nicht mehr vermittelbar, dass sie eine bröckelnde Infrastruktur auch noch mit überdurchschnittlichen Gebühren und Steuern bezahlen müssen. Deswegen sollte uns allen klar sein, dass weitere Steuererhöhungen für Oberhausen kein sinnvoller Weg sein können. Wir müssen uns gemeinsam in Düsseldorf und Berlin dagegen wehren, dass Oberhausen und das Ruhrgebiet insgesamt von konjunkturellen und wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten ausgeschlossen werden. Der Stärkungspakt kann nur ein Anfang gewesen sein! Zum Abbau der Schuldenlast brauchen wir eine vollständige Entlastung von den Sozialkosten und einen Entschuldungsfonds, der uns von den Zinslasten freistellt.

An dritter Stelle wurden „die Ausländer“ als Problemfeld genannt. Ich muss gestehen, ich schwanke dabei immer noch zwischen Enttäuschung und Erschrecken. Ich hatte angenommen, dass wir nach der gewaltigen

gemeinsamen Bewältigung der Flüchtlingsunterbringung mit der Integration weiter vorangekommen wären. Aber, und das zeigen die Wahlerfolge der rechten Populisten in den letzten beiden Wahlen, es haben sich – gerade auch durch die Terroranschläge von irregeleiteten Fanatikern – Ängste entwickelt, die wir ernst nehmen müssen.

Mit ernst nehmen ist nicht gemeint, dass wir die Ängste bestätigen oder gar verstärken sollen, sondern dass wir uns alle mit diesen Gefühlslagen ernsthaft und sachlich auseinandersetzen müssen, damit sie relativiert werden können.

Das beste Programm gegen Angst, Ausgrenzung und Abdriften in den rechten Sumpf ist eine gelingende Integration. Hier leisten bereits die vielen Ehrenamtlichen in der Flüchtlingsarbeit und die Kolleginnen und Kollegen im Integrationsrat Vorbildliches. Sie brauchen die Unterstützung von uns allen.

Anrede!

Das nächste Jahr wird eine gewaltige Herausforderung für uns werden. Der ausgeglichene Haushaltsentwurf muss Realität werden, Kommunalpolitik muss weitere Schritte hin zu einer lebenswerten Stadt Oberhausen erfolgreich meistern. Die Tatsache, dass das Jahr 2018 – wahrscheinlich – ein wahlkampffreies Jahr werden wird, gibt uns die Chance, sachlich, ohne Wahlkampfesprech Gutes und Richtiges für die Menschen in Oberhausen gemeinsam auf den Weg zu bringen.

Wir sind dazu bereit!

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Glück auf!

Rede
der Vorsitzenden der CDU-Fraktion
im Rat der Stadt Oberhausen
Stadtv. Simone-Tatjana Stehr

zum Haushalt 2018

Ratssitzung 27. November 2017

- Es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,
liebe Gäste!

„Auf der Suche nach acht Millionen Euro“ –

diese Überschrift schlug uns an einem Donnerstag im Lokalteil der Tageszeitung entgegen. Und weil die Wochentage für die nahezu täglich wechselnden Meldungen zum Haushalt schon nach kürzester Zeit nicht mehr zu sortieren waren, habe ich nachgehalten, dass diese Meldung uns am 14. September 2017 erreichte - große Überschrift, fett gedruckt:

„Auf der Suche nach acht Millionen Euro.“

Natürlich wussten wir bereits vor dem 14. September, dass auch der Haushalt 2018 ein Sorgenhaushalt sein würde.

Denn in mehr als einem Vierteljahrhundert gab es schließlich bisher nur ein einziges Mal den Anlass, sich über einen Oberhauser Haushalt zu freuen. Anlass war der Haushalt für 2017. Der erste ausgeglichene Haushalt nach 25 Jahren des Wirtschaftens über die eigenen Verhältnisse hinaus.

Ausgeben, was man gar nicht hat.

So ist es ein Vierteljahrhundert lang gehalten worden.

Zugestanden, nicht alle Probleme waren hausgemacht. Sicher ist aber, dass man sich vor allen Dingen nicht um zukunftsweisende wirtschaftliche Strukturen gekümmert hat.

Deshalb hebe ich hervor, dass sich die Verhältnisse seit dem Amtsantritt unseres Oberbürgermeisters Daniel Schranz ins Positive geändert haben. Und darüber sind wir mehr als froh.

Lassen Sie mich auf den bereits angesprochenen Donnerstag zurückkommen:

Das auf Papier Gedruckte hat erfahrungsgemäß eine ganz eigene Wucht. So auch in diesem Fall. Für mich hat diese Überschrift bereits vorhandene Sorgen manifestiert. Nicht zuletzt, weil die Unterzeile „Kämmerer muss mit Hilfe von Politik und Bürgern noch ein tiefes Loch für 2018 schließen“ eindeutig an uns und die in Oberhausen lebenden Menschen appellierte. Wo bitte sollen wir – die Politiker und Bürger - eine solche Summe hernehmen, wo sollen wir sie in diesem Haushalt ausmachen?

Als Politikerin fühlte ich mich selbstverständlich in die Pflicht genommen. Und gleichzeitig auch ein wenig überfordert. Ich bin mir sicher, dass die meisten von Ihnen – wenn nicht sogar alle – dieses Gefühl teilen.

Nun gibt es, seit die seinerzeit noch rot-grüne NRW-Landesregierung im Jahr 2011 den sogenannten Stärkungspakt beschlossen hat, Geld, das wir als Kommune sehr dringend benötigen, nur unter bestimmten Voraussetzungen.

Für das Jahr 2018 gibt es dieses Geld zum Beispiel nur, wenn wir einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen. Nicht einen, in dem sich eine Acht-Millionen-Euro-Schlucht auftut.

Und weil wir den Menschen in unserer Stadt so gut wie nur eben möglich, ein Leben sichern möchten, wie es in nahezu allen anderen Teilen unseres boomenden Landes selbstverständlich ist, können und wollen wir auf die Mittel des Stärkungspaktes nicht verzichten.

Wir könnten es uns nun einfach machen und schlicht die Grundsteuer erhöhen, die allen Bürgerinnen und Bürgern mit spitzen Fingern in die Portemonnaies greift.

Um wie viele Hebesatzpunkte? Angedacht für den Haushalt 2019 sind 60 oder auch 95 Punkte. Warum nicht gleich eine Erhöhung 2018? Um 120 Punkte? Warum nicht um 200 Punkte?

Mehr Geld öffnet doch Räume. Mehr Geld macht doch handlungsfähig.

Der Kämmerer müsste sich für einen ausgeglichenen Haushalt gar nicht mehr sonderlich anstrengen – und Politik könnte am Ende vielleicht sogar auf das beliebte Wunscherfüllungsprogramm umschalten.

Das wollen wir als CDU aber nicht!

Wir wollen verantwortlich handeln und ich weiß, dass wir alle hier unterschiedliche – immer öfter aber auch gemeinsame – Vorstellungen davon haben, wie verantwortliches Handeln aussieht. Klar ist, wir alle wollen – hoffentlich - nicht in die ohnehin selten prall gefüllten Portemonnaies der Menschen greifen, die in Oberhausen leben.

Wir sind aber für 2018 nicht an der bereits vor Jahren eingepreisten Erhöhung der Gewerbesteuer vorbeigekommen. Wir als CDU-Fraktion bedauern das zutiefst und wir ärgern uns auch darüber.

Der Bund der Steuerzahler weist seit Jahren darauf hin, dass der Stärkungspakt ein Steuererhöhungspakt ist. Sie wissen, dass wir diese Behauptung für absolut richtig halten und deshalb gegen den Stärkungspakt wettern.

Aber das Geld für Oberhausen, das nur überwiesen wird, wenn die Forderungen des Stärkungspaktes erfüllt sind, wollen wir natürlich dennoch, weil diese Stadt es dringend, sehr dringend, benötigt. An der Kritik ändert das nichts.

Ein Dilemma also!

Deshalb hat mich diese gedruckte Acht-Millionen-Euro-Übergröße so schockiert. Noch einmal: Woher sollen die Politikerinnen und Politiker und woher erst die Bürgerinnen und Bürger wissen, wo dieses Geld herkommen soll, wenn nicht einmal der Kämmerer überzeugend den Eindruck vermittelt, seine Zahlen sicher, solide und seriös zu beherrschen?

Andererseits sind bei einem Haushalt von mehr als 800 Millionen Euro acht Millionen eigentlich gar nicht so ein XXL-Format. Es handelt sich um weniger als ein Prozent vom Haushalt.

Mein zweiter Gedanke: Da wird über das ganze Jahr hinweg gerechnet und gerechnet – und am Ende lässt sich - wie schon im vergangenen Jahr - eine im Vergleich doch recht kleine Summe nicht aufbringen?!

Bemerkenswert.

Mindestens so bemerkenswert – wahlweise schockierend – war es für uns, dass diese Zahl, acht Millionen, in den folgenden Wochen im strammen Wind der Ökonomie zitterte wie Espenlaub. Acht Millionen, sechs Komma sieben Millionen.

Darf es ein bisschen mehr sein? Darf es ein bisschen weniger sein?

Zwei Millionen, fünf Millionen.... – oder elf, zwölf Millionen? Die durch den Kämmerer jeweils zurückgemeldeten Entwicklungen kamen einer Fahnenstangen-Rallye gleich.

Entschuldigen Sie bitte, dass ich das Auf und Ab in diesem Zahlenwechselfspiel nicht mehr genau im Kopf habe. Aber eines weiß ich, meine Damen und Herren:

Ich weiß, dass mich diese unorganisierte Unverantwortlichkeit maßlos ärgert. Unser Kämmerer hat uns auch in diesem Jahr in eine Zitterpartie gezogen, auf die wir gerne verzichtet hätten.

Was passiert da? Setzt sich Apostolos Tsalastras ans Spielbrett, wenn es darum geht, abschließend die konkreten Zahlen zu Papier zu bringen?

Posto würfelt nicht. Hoffe ich doch zumindest.

Und die Verantwortung liegt ja auch nicht allein bei ihm ...

So gehört beispielsweise auch Elke Münich zum Kreis der Verantwortlichen. Und ich spreche Sie, Frau Münich, persönlich an: Niemand verlangt von Ihnen, dass Sie alle Probleme, die das Ressort Soziales mit sich bringt, allein auf Ihre Schultern laden und lösen.

So erklärte schon im vergangenen Jahr der SPD-Kollege Wolfgang Große-Brömer, es ginge um systemische Problembetrachtungen und nicht um eine persönliche Schuldzuweisung, nicht um eine „Rübe-ab-Politik“ – wenn ich mich richtig erinnere.

Erwarten dürfen wir aber doch wohl, dass Sie als für das Sozialdezernat verantwortliche Führungskraft frühzeitig – ich betone: frühzeitig – auf die Fallgruben in Ihrem Ressort aufmerksam machen.

Wir erwarten, dass Sie uns erklären, warum diese Fallgruben auftauchen. Und wir wollen verdammt noch mal nicht darüber spekulieren müssen, warum an einem Tag in der Zeitung zu lesen ist, dass der Sozialetat mittlerweile erschreckende 49,2 Prozent am Gesamthaushalt ausmache – und nur Tage später die Zeitung lapidar verkündet: „Kämmerer Apostolos Tsalastras hat übers Wochenende noch einmal nachgerechnet – und im Haushalt einen höheren Anteil an Sozialausgaben entdeckt als er bisher angegeben hatte.“ Übers Wochenende, meine Damen und Herren ...

... statt 49,2 Prozent nun 52,5 Prozent!

Übers Wochenende hat der Kämmerer also entdeckt, dass er im Haushalt doch so grob gerechnet gut 25 Millionen Euro mehr bei den Sozialausgaben zu verzeichnen hat und der Sozial-Anteil am gesamten 815-Millionen-Haushalt Oberhausens nicht erschreckende 49,2 Prozent, sondern nicht mehr viel heftiger erschreckende 52,5 Prozent beträgt.

Was würde jemand von außen wohl dazu sagen?

Nicht wir. Wir kennen das ja alles schon – so, oder so ähnlich zumindest.

Aber jemand von außen...?

...würde jemand von außen vielleicht sagen: irre?

In diesem Zusammenhang ein kurzer gedanklicher Exkurs:

Mir wird es sich nie erschließen, warum das zweite Aufgabenfeld des aktuellen Kämmerers und ehemaligen Sozialdezernenten das des Kulturdezernenten ist. Der Kulturetat macht drei Prozent am Haushalt aus.

Der Sozialetat macht 52,5 Prozent aus – Stand Freitag. Ich hoffe, dieses Wochenende hat uns keinen erneuten Strich durch die Rechnung gemacht.

Auf die sozialen Felder mit den verheerendsten Löchern zumindest müsste ein Kämmerer, der das Sozialressort einst leitete, in einer ökonomisch so schwer belasteten Stadt wie Oberhausen folgerichtig direkteren Zugriff haben.

Oder etwa nicht?

Der Kämmerer hat geäußert, dass er nie gedacht habe, dass der Kostenaufwand für schwierige Familien, für die erzieherischen Hilfen, jemals höher sein würde als die Unterkunftskosten für Arbeitslose, die die Stadt zu tragen hat.

Nun, vielleicht sollten wir uns in diesem Zusammenhang Fragen wie diese stellen: Wer ist unser demografischer Wandel?

Oder sollten wir uns mit Bezug auf die anscheinend unkontrolliert Steuergeld fressende Jugendhilfe nicht besser einmal die Fragen stellen, wer diese Kinder und Jugendlichen überhaupt sind? Welchen Lebenshintergrund sie haben? Wie lange sie schon in Oberhausen leben? Und viele Fragen mehr ...

Ich versichere Ihnen: Wir werden nicht das Urteilsvermögen, die berufliche Kompetenz und die moralische Integrität der verantwortlichen Jugendhelfer in Frage stellen.

Aber von Ihnen, Frau München, erwarten wir, dass Sie sich Fragen stellen und dass Sie Fragen für uns beantworten – und uns eine Ahnung davon vermitteln, wie – außer durch: Wir machen einfach weiter wie bisher - zu reagieren sein könnte.

Wir erwarten von Ihnen vor allem ganz generell ein vernetztes Arbeiten, eine über die Ressortgrenzen hinaus vernetzte Sozialsteuerung, die sich aktiv darum bemüht, unsere Stadt nicht aus dem sozialen Gleichgewicht zu bringen. Um es kurz und knapp und lediglich beispielhaft klar zu machen: Belastete Stadtteile hätten nicht noch stärker belastet werden dürfen. Belastete Schulen hätten nicht noch stärker belastet werden dürfen. Und so weiter ...

Frau München, ich frage mich ernsthaft, ob Sie die politischen und die gesellschaftlichen Folgen für unser Miteinander nicht erkennen?

In Ihrer Partei, in der SPD, macht man sich doch auch Gedanken darüber, warum denn zum Beispiel unsere das Stadtimago prägende Innenstadt das größte Problem für das Image unserer Stadt ist. Wie konnte das passieren? Was hat der Mangel an Sozialsteuerung aus Ihrem Ressort heraus damit zu tun?

Ich sage nur: Vernetztes Denken, vernetztes Arbeiten und Steuerung von Aufwendungen!

Und ich erlaube mir, das in aller Deutlichkeit anzumahnen: Sie können und dürfen nicht so weiter machen! Sie können nicht permanent hier ein Loch stopfen, indem sie beliebig dort ein neues schaufeln.

Und trotz allem kommt bei der statistischen Erhebung der Bürgermeinung 2016 heraus: Weit mehr als 80 Prozent der Menschen leben mittlerweile gern in Oberhausen. Ein besserer Wert als in den Vorjahren.

Damit bin ich bei den Erfolgen, die verkündet werden konnten.

Die Aufbruchstimmung in Oberhausen und die Freude, in Oberhausen zu leben, führe ich auf die Bemühungen zurück,

- das Dauerproblem OGM in den Griff zu bekommen,
- auf die Rückzahlung der Müllgebühren, für die wir als CDU lange gekämpft haben,
- auf die Sicherheits- und Sauberkeitsinitiativen,
- auf die tatsächliche Einbeziehung von Bürgerinnen und Bürger in wichtige Entscheidungsprozesse –
- aber eben auch und gerade auf die Erfolge in der Wirtschaftspolitik. Und die können wir verzeichnen und erstmals messen, seit Daniel Schranz Wirtschaftspolitik zur Chefsache gemacht hat:

Das alte Stahlwerksgelände füllt sich. Sicher nicht so, wie wir es uns einst vorgestellt haben, vor all den Fehlentscheidungen der seinerzeit Verantwortlichen, aber es füllt sich.

Die Bundesknappschaft konzentriert ihre Fachkräfte in Oberhausen, im Technologiezentrum - 150 Arbeitsplätze.

Der international operierende Immobilienentwickler Segro hat das 21 Hektar, das rund 30 Fußballplätze große Waldteichgelände von Thyssen gekauft und wird dort den Logistik-Park-Oberhausen aufbauen.

Wir erwarten eine Vielzahl neuer Arbeitsplätze.

Edeka wird über hundert Millionen Euro in ein zentrales Auslieferungslager für das Ruhrgebiet investieren und dadurch mehr als 1000 Arbeitsplätze in unserer Stadt schaffen.

Das, meine Damen und Herren, ist ein Erfolg unseres Oberbürgermeisters und damit ein gewaltiger Erfolg für uns alle, weil es für unsere Stadt eine gute Entwicklung ist.

Allerdings habe ich – kleiner Wermutstropfen – auch sofort die Klage gehört, dass es sich ja nicht um hochqualifizierte Arbeitsplätze handle. Mit Verlaub, welche Art von Arbeitsplätzen brauchen wir denn in unserer Stadt? Sind unsere Langzeitarbeitslosen Mediziner, Dachdecker, Deutschlehrer, Ingenieure?

Sind wir die Ausnahme? Sind es in Oberhausen die deutschlandweit so verzweifelt gesuchten Fachkräfte, für die wir hier vorrangig Arbeitsplätze schaffen müssen? Ich bitte Sie ...

Mehr als 20 Jahre lang haben wir auf so gute Nachrichten für den Oberhausener Arbeitsmarkt warten müssen.

The Mirai soll zu uns kommen. In der Nähe des Centros soll der größte Fitnesspark der Welt entstehen.

Das bedeutet eine Investition von 50 Millionen Euro. Es entstehen 500 Arbeitsplätze. Es entsteht ein weiterer Besuchermagnet für Oberhausen.

Und was wurde – neben viel Lob, das möchte ich wirklich betonen – dennoch gerade von denen diskutiert, die doch das Thema Arbeitsplätze, wie wir als CDU, ganz oben auf ihrer Agenda haben? Der mögliche zusätzliche Verkehr.

Geschätzte Linke Liste: Wer Arbeitsplätze haben will, sollte sich freuen, wenn Arbeitsplätze geschaffen werden – und das mit dem Verkehr kriegen wir schon hin. Wir würden uns freuen, wenn Sie sich in dieser Hinsicht an der Lösung möglicher Probleme beteiligen würden.

Zu den Situationen, die wir als CDU-Fraktion ehrlicherweise auch als enttäuschend empfunden haben, gehört zum Beispiel auch der kuriose Umgang mit unserem Vorschlag Feinstaub reduzierende Moose betreffend: Von der Koalition, von SPD, FDP, auch von grünen Politikern verworfen. Das muss man nicht verstehen.

Und: Frau Lauxen, Sie sind die Umweltdezernentin und Sie sind Grünenpolitikerin: Wann erfahren wir endlich, ob sich die Riesenflachdächer der Willy-Jürissen-Halle und des Schwimmbades an der Elsässer Straße mit diesen Moosen begrünen lassen?

Und wann werden Sie sich endlich zu der Erkenntnis durchringen, dass ein Anschluss Oberhausens an die teils verwirklichten und größtenteils erst geplanten Ruhrgebiets-Radschnellwege dringend notwendig ist? Oder wollen Sie verantworten, dass unsere Stadt und damit nachfolgende Generationen von einer zukunftsorientierten Verkehrsinfrastruktur abgeschnitten sein wird?

Oder, geschätzte Bürgerliste. Es gibt gar kein verbrieftes Recht darauf, dass die an der Sedanstraße lebenden Menschen Parksicht haben. Oder, um es so zu formulieren: Mit Daniel Schranz wird Bürgerbeteiligung großgeschrieben. Das bedeutet aber beispielsweise nicht, dass in der Nähe des John-Lennon-Platzes, wo wir uns endlich eine seriöse, dem Stadtteil und der Stadt gut zu Gesichte stehende Bebauung wünschen, bürgerbeteiligungsaktive Politikerinnen und Politiker das Wohl von Oberhausen aus dem Auge verlieren dürfen.

Um es akademischer zu formulieren: Es geht nicht um Partikularinteressen. Es geht um das große Ganze. Was ist gut für unsere Stadt?

Es ist gut für unsere Stadt, dass es endlich gelungen ist, sich von der Hinterzimmerpolitik zu verabschieden. Sie war eine Politik der Partikularinteressen.

Weniger akademisch ausgedrückt: Es geht nicht mehr darum, wer welches Parteibuch hat, oder welcher politischen Gruppierung angehört. Es geht ausschließlich um Oberhausen!

Und in diesem Zusammenhang möchte ich betonen, dass es auch positive Erfahrungen gibt. Und ich bin mir sicher, meine verehrten Kolleginnen und Kollegen im Rat, Sie sehen das ebenfalls so. Oder hat irgendjemand von Ihnen gewagt daran zu glauben, dass wir nach einem doch ziemlich turbulenten OB-Wahlkampf über so viele Monate hinweg so viele einstimmige Ratsbeschlüsse verabschieden würden, wie es gelungen ist? Ich habe es mir nicht einmal zu wünschen gewagt. Wir haben debattiert und gerungen und überwiegend durch unseren Austausch, aber häufig auch durch die vermittelnde Moderation unseres Oberbürgermeisters Kompromisse gefunden, die unterstreichen, dass es uns allen um die Stadt und ihre Menschen geht.

In der Hoffnung, dass Sie das ebenso empfinden wie wir, möchte ich deshalb nicht nur Dank sagen. Ich möchte sagen: Respekt! Wir Politikerinnen und Politiker sind doch – alles in allem - auf einem verantwortungsvollen und auf einem guten Weg für die Menschen, die hier in Oberhausen leben.

Weit mehr als 80 Prozent aller Menschen sind mit Oberhausen zufrieden. Die Menschen identifizieren sich wieder mit der Stadt. Es ist angenehm, das zu hören, und Sie erlauben, dass ich diese 2016 erhobene Zahl auch mit unserem Oberbürgermeister in Verbindung bringe.

Ja, ich weiß, die CDU lobt den CDU-Oberbürgermeister.

Lassen Sie sich eines versichern: Bei solchen Ergebnissen würden wir auch loben, wenn es keinerlei parteipolitischen Zusammenhang gäbe.

Und es gelingt uns durchaus, auch CDU-Handeln kritisch zu sehen. Wir loben die neue schwarz-gelbe Landesregierung mächtig dafür, dass sie das seit Jahren überfällige Kita-Rettungspaket geschnürt hat. Aber so, wie die Oberbürgermeister von Duisburg und Gelsenkirchen, Link und Baranowski, in der Zeit der rot-grünen Landesregierung gefordert haben, dass die Bundes-Integrations-Millionen an die Städte weitergereicht werden,

so haben wir das von der rot-grünen Landesregierung gefordert und fordern es weiterhin nachhaltig auch von einer schwarz-gelben Regierung, denn uns geht es um Oberhausen.

Und nur am Rand: Ich hätte mir übrigens Oberhausens SPD an der Seite von Sören Link und Frank Baranowski gewünscht. Und zwar nicht erst jetzt – sondern auch schon vor ein paar Monaten.

Der Haushalt 2018 hat uns Nerven gekostet und er hatte schon etwas adventlich Anmutendes, da sich gefühlt mit jedem Tag ein neues Türchen öffnete, hinter dem eine Überraschung auf uns wartete.

Am Ende können wir dem Haushalt 2018 zustimmen.

Und natürlich denken wir schon an den Haushalt für 2019.

Ich schließe deshalb an dieser Stelle schmucklos mit einem Appell: Lassen Sie uns weiter um Lösungen debattieren und ringen und dafür kämpfen, dass wir kluge Wege finden und nicht schlicht, unkreativ und leidenschaftslos für den Haushalt 2019 die Grundsteuer erhöhen - die Belastungssteuer für Bürgerinnen und Bürger.

Wir als CDU werden in jedem Fall dafür kämpfen,

im Rahmen unserer Möglichkeiten, nach bestem Wissen und Gewissen, ohne parteipolitisches Kalkül, für Oberhausen - und am liebsten mit Ihnen gemeinsam.

Glück auf!

Simone-Tatjana Stehr

27.11.2017

Haushaltsrede 2018

- es gilt das gesprochene Wort -

Andreas Blanke
Fraktionssprecher



Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Mitbürgerinnen und Mitbürger,
meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen,

viel haben wir heute zu den Zahlen des Haushaltes gehört. Lassen Sie mich an dieser Stelle ebenfalls für meine Fraktion die Haushaltsberatungen 2018 kurz reflektieren.

Ich möchte – so wie in den letzten Jahren – darauf hinweisen, dass auch meine Fraktion den kommunalen Haushalt – trotz Belastungen für die Oberhausener Bürgerinnen und Bürger – mitgetragen hat. Nicht weil es vergnügungssteuerpflichtig war, sondern weil wir davon überzeugt sind, dass sich diese Konsolidierungen unter dem Strich für die Bürgerinnen und Bürger bezahlt machen, um die Situation in Oberhausen langfristig und vor allem nachhaltig zu verbessern. Heute haben wir zunächst über unseren nächsten Haushalt zu entscheiden und dieser beinhaltet die erfolgreiche Fortschreibung unseres Sanierungsplans. Meine Fraktion stimmt dem vorliegenden Haushaltsplanentwurf 2018 daher zu.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bei der uns zwischenzeitlich vorliegenden Auswertung der repräsentativen Befragung der Oberhausener Bürgerinnen und Bürger, sagen 86 Prozent, dass sie gerne in Oberhausen leben und 63 Prozent identifizieren sich sehr stark beziehungsweise stark mit ihrer Stadt.

Betrachtet man also Oberhausen als Marke, dann sind diese Referenzwerte absolut erfreulich. Manch Markenartikelhersteller würde sich über solche Werte freuen.

Als Jugendhilfepolitiker freut mich dabei ganz besonders, dass auch bei den befragten Jugendlichen 22 Prozent sehr starkes Interesse an Politik zeigen. 2014 waren es lediglich 14 Prozent. Ein entscheidender Faktor ist hier sicherlich die gute Arbeit des Jugendparlamentes. Die aktive Einbindung von Jugendlichen in die politische Arbeit zahlen sich ganz offenkundig aus.

Meine Fraktion fühlt sich mit diesen Ergebnissen – aber auch mit der Arbeit des Jugendparlamentes – darin bestätigt, dass unsere damalige Forderung, nach einem solchen Gremium, gerechtfertigt war.

Trotz dieser durchaus positiven Signale: Wir sind 2018 nicht am Ziel. Es liegt viel Arbeit im Rahmen der Haushaltssicherung vor uns. Diese Arbeit muss sich in Balance befinden, zwischen bedachter Konsolidierung und sinnvollen, nachhaltigen Investitionen.

Wir müssen mit den vorhandenen Spielräumen im Haushalt mehr gestalten: Wir benötigen mehr Grünflächen, wir müssen weiter in die Sauberkeit investieren, aber auch Investitionen in Klima- und Umweltschutz sind wichtige Garantien dafür, dass Oberhausen noch lebenswerter wird und die Identifizierung mit unserer Stadt weiterhin steigt.

Für Letzteres nenne ich als ein positives Beispiel aus der Vergangenheit die Verabschiedung des Medienentwicklungsplans.

In diesem haben wir uns u.a. für den Ausbau des Glasfasernetzes entschieden – eine Entscheidung, die von einem wachen Blick nach vorne zeugt, um unseren Kindern auch einen angemessenen und gelungenen digitalen Start in die Zukunft zu ermöglichen.

Und ganz aktuell? Hier sehen wir nun sinnvolle und zudem geförderte Investitionen beim Ausbau und der Attraktivierung der E-Mobilität, damit sich unsere Stadt auch hier für die Zukunft aufstellt. Und dabei geht es uns nicht nur allein darum, Verbrennungsmotoren durch alternative Antriebe zu ersetzen. Uns geht es auch nicht nur darum, drohende Fahrverbote zu verhindern. Als Grüne müssen wir aber daran erinnern, dass wir bereits vor über zehn Jahren auf diese Situation der Grenzwertüberschreitungen an der Mülheimer Straße hingewiesen haben. Da tröstet es leider nicht, dass in den letzten Jahren eine Reduzierung der Überschreitung eingetreten ist. Fakt ist und bleibt: Die Werte sind eben immer noch zu hoch!

Wir werden deshalb gemeinsam mit SPD und FDP am Donnerstag im Umweltausschuss zwei wichtige Anträge auf den Weg bringen, die

erstens: Die Verwaltung und ihre Tochtergesellschaften im Rahmen eines zu erstellenden Konzeptes „Kommunale Mobilitätswende“ auffordert, unter anderem den Einsatz von alternativen Antriebsformen bei ihrer Fahrzeugflotte zu forcieren und durch die Erweiterung der Ladeinfrastruktur die Voraussetzung für die Ausweitung privater E-Mobilität verbessert.

Mit dem zweiten Antrag streben wir an, dass die Energieversorgung der städtischen Gebäude und Einrichtungen auf zertifizierten Ökostrom aus regenerativer Erzeugung zum Zeitpunkt der nächsten Ausschreibung des Strombezugs umgestellt wird. Hier ist im Rahmen von Gesprächen zu erörtern, inwieweit Ausschreibungsverbünde sowohl seitens der Stadt Oberhausen als auch der Stromanbieter in Bezug auf Preise und auf die benötigten Mengen der Umstellung auf Ökostrom zuträglich ist.

Bei allen Maßnahmen müssen wir aber im Blick behalten, dass unsere Straßen nicht weiter verstopfen. Denn nur ein Wechsel der Antriebsart beim Individualverkehr lösen nicht das Problem. Wir setzen uns deshalb weiterhin für einen starken und attraktiven ÖPNV ein und wir wollen das Alltagsradfahren weiter etablieren, indem Strecken ausgebaut, Sicherheit und Abstellmöglichkeiten in den Innenstädten und an zentralen Punkten geschaffen werden.

Sie, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, fahren morgen nach Berlin, wo ein weiterer Diesel-Gipfel für die betroffenen Kommunen auf Einladung der Bundeskanzlerin stattfindet. Wir fordern Sie nachdrücklich auf die Botschaft mitzunehmen, dass wir als Rat der Stadt die zukünftige Bundesregierung an den getätigten Zusagen zur Unterstützung messen werden und weitere Unterstützungsleistungen sehr zeitnah erwarten.

Das gilt für die Finanzierung eines Masterplans für die Stadt Oberhausen durch das Bundesverkehrsministerium als auch für investive Mittel bei der Beschaffung und Umrüstung von Fahrzeugen sowie für den Ausbau der Ladeinfrastruktur.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir müssen aber auch darüber nachdenken, den Menschen Angebote zu machen, die auf den Einsatz ihres Autos nicht verzichten können, weil sie zum Beispiel weitere Anreisen haben oder mit der ganzen Familie unterwegs sind.

Ein Brennpunkt wird zweifelsohne weiterhin das Straßennetz rund um die Neue Mitte sein. Immer mehr Ansiedlungen bedeuten auch immer mehr Individualverkehr. Unabhängig von Verkehrsgutachten, müssen wir hier sehr zeitnah für eine Entlastung der Straßen sorgen.

Eine vergebene Chance zur Entlastung dieses Ballungsraumes war sicher der geplante Lückenschluss durch die Fortführung der Straßenbahnlinie 105 von Essen nach Sterkrade. Wir sollten daher auch außerhalb des Nahverkehrsplans diese verkehrspolitisch immer noch sehr wichtige Infrastrukturmaßnahme nicht aus den Augen verlieren.

Wir könnten uns hier durchaus Park and Ride-Angebote für Besucherinnen und Besucher des Centros auf den RWO-Parkplätzen vorstellen, wenn kein Spielbetrieb geplant ist, und wir sollten über andere Zufahrtswege zum Stahlwerksgelände aus Richtung Essen nachdenken. Bus Shuttle-Modelle werden bei vergleichbaren Überlastungen in anderen Städten schon seit vielen Jahren erfolgreich eingesetzt.

Lassen Sie mich aber noch an einigen Beispielen deutlich machen, wie wir uns für 2018 aufstellen wollen und wie wir uns kreative und nachhaltige Haushaltspolitik vorstellen:

Bereits vor der Sommerpause haben wir uns im Rahmen der Haushaltsberatungen unter anderem mit der Finanzierungsfrage der Kindertagespflege beschäftigt. Für uns war von Anfang an klar, dass wir, wie in den vergangenen Jahren, Haushaltskonsolidierung nicht auf dem Rücken von Kindern und Eltern austragen – aber auch nicht auf dem Rücken derer, die schon seit längerem unter teilweise schwierigen Rahmenbedingungen arbeiten müssen. Genau deshalb haben wir das Gespräch mit den Tagespflegepersonen gesucht und sie ermutigt, die Rahmenbedingungen für die Oberhausener Kindertagespflege gemeinsam mit der Fachverwaltung zu überarbeiten. Ich freue mich daher, dass wir gleich diese neuen Rahmenbedingungen beschließen können.

Die Stadt- beziehungsweise Quartiersentwicklung liegt uns bekanntlich besonders am Herzen. Wir sind auf einem guten Weg, wie beispielsweise das Projekt „Brückenschlag“ zeigt. Aber auch die integrierten Handlungskonzepte für Sterkrade und Osterfeld machen deutlich, dass sich Oberhausen in die Richtige Richtung entwickelt.

Aber: Auch Oberhausen braucht neuen bezahlbaren und attraktiven Wohnraum. Daher warten wir mit Spannung auf das Gutachten „Wohnen in Oberhausen“.

Wir sind überzeugt, dass die Ergebnisse der Grundstein für die Gründung einer aus unserer Sicht notwendigen eigenen, kommunalen gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaft zwecks Schaffung von sozialgebundenem Wohnraum legen werden. Schauen wir uns allein die derzeitige Verteilung der geflüchteten Menschen im privaten Wohnraum an, gewinnt dieses Projekt auch deshalb – aber nicht ausschließlich – an Dringlichkeit.

Wir freuen uns auf eine konstruktive Diskussion in den Ausschüssen und hier im Rat.

Wir beschäftigen uns seit einiger Zeit nachdrücklich mit dem Thema „Sicherheit und Ordnung“ und diskutieren beispielsweise über Alkoholverbote. Lassen Sie uns in Zukunft vermehrt – wie auch heute – über positive Ordnungsmerkmale sprechen. Heißt: Die Stadt soll grüner und somit lebendiger und schöner werden. Bewiesenermaßen führen Orte zum Wohlfühlen auch zu einem sorgsameren Umgang durch die Bürgerinnen und Bürger, die sich dort aufhalten.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

lassen Sie mich zum Schluss zu den vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern Dank sagen, die auch in den letzten zwölf Monaten erneut eine gewaltige Leistung für unsere offene, vielfältige und bunte Stadtgesellschaft erbracht haben, indem sie sich herzlich und weltoffen für die zu uns geflüchteten Menschen kümmern.

Auch wenn es primär darum geht, sich verstärkt um die Integration unserer neuen Mitbürgerinnen und Mitbürger zu engagieren, mussten die zahlreichen Helferinnen und Helfer oftmals den Mangel verwalten. Einen Mangel, den Oberhausen nicht zu verantworten hat. Allein beim Thema „Sprachkurse“ hat sich im letzten Jahr leider nicht signifikant für die Betroffenen eine Verbesserung ergeben. Wir haben uns immer dafür stark gemacht, genau diese

wichtige Integrationsleistung weiter zu fördern. Leider hat die letzte Bundesregierung es versäumt, hierfür ausreichend Mittel zur Verfügung zu stellen.

Ein Grund mehr, dass wir uns in diesem Jahr gegen eine Personalentscheidung gestellt haben, denn nach unserer Ansicht, müssen wir nicht Personal zur Förderung der Abschiebungen bereitstellen, sondern in Integration und Bildung investieren.

Gestatten Sie mir noch einige Sätze zur politischen Kultur in dieser Stadt.

In den letzten Monaten haben wir uns des Öfteren mit dem Thema Rechtspopulismus beschäftigen müssen. Egal, ob AfD-Parteitag in der Stadthalle, egal, ob Aufmärsche der angeblich besorgten Bürger – auch in Oberhausen ist der Bazillus angekommen.

Gott sei Dank hat unsere breit aufgestellte Stadtgesellschaft diesen Kräften immer etwas entgegensetzen können. Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Ausgrenzung, liebe Kolleginnen und Kollegen, haben nach wie vor in Oberhausen keinen Platz!

Eine Sorge treibt uns hoffentlich alle um: Die teilweise erschreckenden Wahlergebnisse bei der diesjährigen Landtags- und Bundestagswahl für die vermeintliche Alternative für Deutschland. Fast reflexartig sucht man nach Erklärungen: Wurden die Menschen sozial abgehängt, fühlen sich diese Bürgerinnen und Bürger nicht mehr wahr- und mitgenommen oder liegt es am Ende am Gedankengut dieser rechtspopulistischen und zum Teil rassistischen Partei?

Folgt man einer repräsentativen Umfrage der Heinrich-Böll-Stiftung, dann gibt es in Deutschland ein erschreckendes Potential von rund 30 Prozent in der Bevölkerung, das sich vorstellen kann, rechts-nationalistische und rechtsradikale Parteien zu wählen.

Ich finde, eine mehr als erschreckende Zahl in Anbetracht der deutschen Geschichte.

Was können wir als Kommunalpolitik tun?

Wir müssen noch stärker unsere politischen Vorhaben und Entscheidung daran messen lassen, wie sie wirken. Wir sollten vermeiden zu suggerieren, dass wir alle Probleme unserer Stadt lösen können. Wir müssen vermeiden, dass unsere Entscheidungen beliebig werden, nur weil sie dann vielleicht populär sind. Kurzum: Wir müssen weiterhin mit größtmöglicher Transparenz Entscheidungen treffen, die wohlmöglich nicht jeder einzelnen Klientel gefällt, die aber deutlich machen, dass wir hier Entscheidungen treffen und treffen müssen, die immer das Gesamtwohl der Stadt im Auge haben.

Wir müssen die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürger weiterhin ernst nehmen und ausbauen. Hier wurden bisher große Schritte in Richtung einer Diskussionskultur auf Augenhöhe zwischen Verwaltung, Politik und Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt gemacht Trotz einiger Unkenrufe bezüglich zu umfangreicher und auch zu geringer Beteiligung.

Wir müssen aber auch immer wieder deutlich machen, dass manche Entscheidungen in diesem Saal getroffen werden. Wir alle sitzen hier, weil wir in freien und geheimen Wahlen von den Bürgerinnen und Bürgern dazu beauftragt wurden, die nötigen Entscheidungen zu treffen. Diese Wahlen sind die höchste Form der BürgerInnenbeteiligung.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Es gilt das gesprochene Wort.



Bündnis Oberhausener Bürger
im Rat der Stadt Oberhausen

Rede zum

zum Haushalt 2018

Ratssitzung am 27. November 2017

**Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,
liebe Bürgerinnen und Bürger**

von meinen Vorrednern ist zum Haushalt 2018 schon fast alles gesagt worden, so dass ich Sie nicht über Gebühr langweilen muss und mich daher kurz fassen kann.

Die Novembersitzung des Rates mit dem Beschluss des Haushaltes ist traditionell der Tag der politischen Abrechnung. In den Haushaltsreden wird typischerweise ideologiebehaftet und mit viel Polemik über die politischen Gegner hergezogen. Die eigene Partei wird über alle Grenzen gelobhudelt und als unfehlbar dargestellt. Beifall gibt es - völlig unabhängig vom Inhalt – auch nur für den eigenen Redner.

Diese Art der Reden sind einfach nur nervig und langweilen nicht nur die Bürgerinnen und Bürger maßlos.

Die permanente Beweihräucherung der eigenen Leistung interessiert doch niemanden, außer dass man vielleicht die eigenen Gefolgsleute überzeugen oder ihnen Mut zusprechen muss.

Mit dieser Tradition wollen wir brechen.

Wir möchten uns vielmehr an dieser Stelle bei den etablierten, teilweise auch ideologiegesteuerten Parteien in Oberhausen für die konstruktive Zusammenarbeit im laufenden Jahr bedanken. Sie haben offenbar dazugelernt und den Parteitunnelblick zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger abgelegt. Endlich wird wieder konstruktiv miteinander gearbeitet und mehr im Sinne der Bürgerinnen und Bürger entschieden.

Die Signalboje, die wir bei der Kommunalwahl 2014 gesetzt haben, führte ganz zweifellos mit zur Erleuchtung der Oberhausener Parteienlandschaft. Seit der Kommunalwahl 2014 spielt auch endlich die Bürgerbeteiligung eine Rolle in Oberhausen – ein zartes Pflänzchen mit noch ganz viel Luft nach oben.

Wir bedanken uns bei allen Fraktionen und Gruppen im Rat für die neue Diskussionskultur und für die neue Sachlichkeit im Rat. Ein Dank auch an den Oberbürgermeister Schranz für seine ausgewogene Moderation, die aus unserer Sicht schon Früchte getragen hat und noch weiteres Potential für eine positive Entwicklung unserer gemeinsamen Zusammenarbeit im Rat bietet.

Ein großes Lob geht auch an den Kämmerer und vor allen Dingen an seine Mannschaft. Zum zweiten Mal in Folge liegt uns ein ausgeglichener Haushalt vor.

Uns allen ist bewusst, dass Oberhausen ohne die Hilfe von Bund und Land die Strukturkrise niemals alleine meistern kann und dass ein ausgeglichener Haushalt dem Ritt auf einer scharfen Rasierklinge gleicht.

Die Sozialkosten betragen alleine mehr als die Hälfte des Haushaltes 2018 in Höhe von 783 Mio. Euro des Gesamtetats und lassen notwendige Investitionen in Gebäude oder Infrastruktur gar nicht mehr zu. Für die Schulden müssen trotz der günstigen Zinssituation weitere 35 Mio. Euro aufgewandt werden. Es bleibt kaum noch Geld übrig, um die notwendigsten Aufgaben zur Daseinsvorsorge unserer Kommune leisten zu können.

Aus unserer Sicht ein unhaltbarer Zustand und wir fordern die Mitglieder der etablierten Parteien auf, bei ihren Kollegen im Land und Bund dafür zu werben, dass durch einen Schuldenschnitt oder

vergleichbare Fondslösungen die Situation für gebeutelte Städte wie Oberhausen deutlich verbessert wird.

Nicht zuletzt danken wir auch den Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt, die Gebührenerhöhungen und Einschränkungen hinnehmen müssen, um diesen ausgeglichenen Haushalt erst zu ermöglichen.

Wir wollen uns nicht mehr damit aufhalten, was in den letzten Jahrzehnten durch die Alleinherrschaft der SPD alles schiefgelaufen ist. Mit Überheblichkeit und Arroganz hat man der Talfahrt zugesehen und war erstaunt wie schnell Oberhausen zur Stadt mit der höchsten pro Kopf Verschuldung Deutschlands wurde. Selbst eine SPD geführte Landes- und Bundesregierung ließ diesen freien Fall zu. Oberhausen entwickelte sich zum Hartz 4 Empfänger der Kommunen.

Heute sehen wir Licht am Ende des Tunnels: Investoren interessieren sich wieder für Oberhausen. Nicht in den USA, nein - in Oberhausen entsteht der größte Fitnesstempel der Welt. Erfreulich auch die neuen Ansiedlungen rund um das Centro. Bemerkenswert auch, dass Edeka ein neues Zentrallager für ca. 100 Mio. Euro auf dem Waldteichgelände errichten und in der ersten Phase rund 1000 neue Arbeitsplätze schaffen will.

Diese Investitionen bringen Menschen in Arbeit und Brot, Geld in die leere Stadtkasse und reduzieren die Sozialkosten.

Doch Vorsicht, die Straßen sind am Ende ihrer Aufnahmekapazität angelangt, der Verkehr - insbesondere rund ums Centro - droht zu kollabieren. Ein neues Verkehrskonzept muss dringend her, welches ein sinnvolles miteinander aller Verkehrsteilnehmer gewährleistet.

Mit dem kommenden Mobilitätskonzept erhoffen wir uns die Möglichkeit neue Wege zu gehen. So muss alles getan werden, um gerade die hochfrequentierten Verkehrsachsen zu entlasten.

Warum die STOAG nun wieder Dieselbusse angeschafft hat, erschließt sich uns nicht, da die E-Mobilität sich deutlich auf der Überholspur befindet.

In Bezug auf den Konzern Stadt sprechen wir uns generell für ein Anschaffungsstopp für Dieselfahrzeuge aus.

Mittlerweile werden im Rat auch Themen, die bisher als unantastbar galten, auf den Prüfstand gestellt. Selbst eine Umstrukturierung der OGM ist in Prüfung und eine Rekommunalisierung – wie wir sie seit Jahren gefordert haben – auf den Weg gebracht.

Es läuft noch längst nicht alles rund. In der Kritik stehen auch Projekte wie das neue Stadtarchiv oder auch die eingestürzte Gabionenwand am Handbach, bei denen die Kosten aus dem Ruder liefen. Hier muss dringend nachgebessert und seriöser geplant und kalkuliert werden. Die Planungs- und Kostensicherheit darf keinen „Phi mal Daumen“ Charakter bekommen.

Aber zurück zum Haushalt. Die Medien und die IHK haben Kritik an die im Haushalt 2019 aufgenommene Erhöhung der Grundsteuer B um 35%-Punkte geäußert ohne den Bürgerinnen und Bürgern zu erläutern, dass diese Maßnahme keineswegs festgeschrieben und unumgänglich ist. Der Haushalt für das Jahr 2018 ist nur genehmigungsfähig, wenn auch die angesetzten Planungen für die Folgejahre bis zum Jahre 2021 ausgeglichen sind und jeweils eine schwarze „Null“ ausweisen. Um diese Forderung nach Ausgeglichenheit auch für das Jahr 2019 zu erfüllen, hat der Kämmerer vorsorglich diese Gewerbesteuererhöhung eingestellt. Die Aufgabe

der Verwaltung und auch unsere Aufgabe ist es, im Laufe des Jahres 2018 nach alternativen Kompensationsmaßnahmen zu suchen, um diese Hebesatzerhöhung zu vermeiden.

Wir sehen die Chance, dass sich Oberhausen durch eigene Anstrengungen und nicht zuletzt mit Hilfe von Bundes- oder Landesmitteln mittelfristig wirtschaftlich wieder auf eigene Füße stellen kann.

Als Alternative sehen wir einen Sparkommissar, der die Marschroute in Oberhausen vorgibt. Da wir dieses Szenario nicht und das Heft des Handels selbst in der Hand behalten wollen, werden wir dem Haushalt 2018 zustimmen.

**Glück auf
und vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!**

Haushaltsrede 2018

zur Verabschiedung des Haushaltes in der Ratssitzung am 27-11-2017

Wir sind PolitikerInnen geworden weil wir Verantwortung übernehmen wollen. Verantwortung für die Gestaltung einer Gemeinschaft, die uns nahesteht, weil wir mit unseren Familien und unseren Kindern in dieser Gemeinschaft leben. Wir sind nur ihre StellvertreterInnen. Als die StellvertreterInnen der Oberhausener Bürgerinnen und Bürger haben wir die Pflicht übernommen hinzuschauen, mitzufühlen, Entscheidungen zu treffen. Dass es Entscheidungen sein müssen, die angesichts der finanziellen Möglichkeiten eines nicht üppig ausgestatteten Haushaltes maximal kreativ sein müssen, sollte uns ein Ansporn sein. Was gäbe es schöneres, als die eigene Lebenszeit so kreativ zu nutzen, dass dabei auch ein Mehrwert für alle entsteht.

Der kreative Umgang mit den mageren Finanzmitteln, die Bund und das Land NRW den Kommunen zubilligt zur Organisation des gesellschaftlichen Lebens vor Ort eint alle PolitikerInnen über alle Parteigrenzen hinweg. Dass Parteizugehörigkeit in den kommunalen Entscheidungsprozessen kaum eine Rolle spielt, ist jetzt nochmal durch das Urteil des OVG gefestigt worden. Es bleibt dabei: Jede Stimme zählt bei der Kommunalwahl in NRW. Keine Stimme scheitert an einer 2,5 Prozent-Hürde. Und wenn heute vielleicht nur eine FDP im Stadtparlament von Oberhausen davon profitiert, dann ist es demnächst vielleicht eine der heute noch großen aber Morgen geschrumpften Volksparteien. Vielleicht erleben wir ja sogar im Bund noch Zeiten, in denen die gewählten ParlamentarierInnen nicht ihrem Fraktions- oder Koalitionszwang gehorchen sondern ihrem Gewissen.

Heute entscheiden wir über den kommunalen Haushalt. Leider hat die Debatte um den Haushalt noch nicht wirklich die Bürgerinnen und Bürger Oberhausens erreicht. Aber immerhin wird sie schon in den politischen Gremien geführt. Und doch sollte es ein Haushalt sein für die Bürgerinnen und Bürger und nicht ein Rechtfertigungsdokument gegenüber einer Bezirksregierung. Eine Landesregierung, die erst jetzt wieder bewiesen hat, wie weit weg sie von den Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes ist. So hat der Verkehrsausschuss des Landes beschlossen, den Landeszuschuss für das Sozialticket einfach mal bis 2020 ganz zu streichen. Sicherlich haben sich die

LandesparlamentarierInnen von FDP und CDU gedacht, dass die Mobilität von Menschen, die eh keiner existenzsichernden Arbeit nachgehen, nicht so wichtig ist. Und es klingt dann wie eine Verhöhnung, wenn man erfährt, dass das so eingesparte Geld in den Straßenbau investiert werden soll für die Autos, die dann an den zu Fuß gehenden Hartz IV BezieherInnen noch leichtfüßiger vorbeirauschen können.

Die Kommunen von NRW werden nicht in der Lage sein, diese gestrichenen 40 Millionen pro Jahr aufzufangen. Und in der Tat sind wir hier unvorbereitet auf diese neuerlichen, sozialen Herausforderungen, die auf den kommunalen Haushalt zukommen wird. Neue soziale Herausforderungen erfordern neue Zielvereinbarungen. Ziele, die wir formulieren, um das Leben der Menschen, die uns die Verantwortung übergeben haben, lebenswert zu gestalten. Ziele, an denen Verwaltungshandeln sich orientieren kann.

Noch gibt es viele Bereiche im kommunalen Haushalt, in denen vermerkt ist, dass es „keine Zielvereinbarung im laufenden Haushaltsjahr“ gibt. Aber es scheint doch eher hilfreich zu sein, wenn wir uns alle gemeinsam im nächsten Jahr Mühe geben würden, auch dort noch Zielvereinbarungen zu treffen. Zielvereinbarungen, die wir zusammen mit den Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt formulieren. Ziele, die wir als Politik in den Haushalt einstellen und die so der Verwaltung eine Richtlinie geben können, wie das Leben in Oberhausen für alle gemeinsam so gestaltet werden kann, dass für alle das maximal nötige erreicht werden kann.

Wir haben uns als kleine Gruppe im Rat der Stadt Oberhausen bemüht, für Zielformulierungen zu werben. Wir brauchen gemeinsame Leitlinien, um die Armut und die Langzeitarbeitslosigkeit in unserer Stadt zu bekämpfen. Wir brauchen Solidarität für alle, die in Oberhausen leben. Wir brauchen Investitionen in fast alles, was uns umgibt: öffentliche Gebäude, Amtsstuben, Schulen, Kindergärten, Quartiersentwicklung. Wir brauchen eine Strategie für die wirtschaftliche Entwicklung, für Oberhausen als Wirtschaftsstandort. Wir brauchen Mut gegenüber Bund und Land um unsere Zukunft, die Zukunft unserer Bürgerinnen und Bürger, um Oberhausen gemeinsam zu gestalten, für ein Oberhausen in dem alle gerne leben. Damit dieser Aufbruch in die Zukunft alle erreicht, brauchen wir auch eine entsprechende Berichterstattung in den Medien. Ob demokratischer Diskurs oder Rechtspopulismus Fahrt aufnimmt, ist auch ganz wesentlich eine Frage der Presse, die im eigenen Interesse gut daran tut, unsere Demokratie zu unterstützen.

Für ein solidarisches Oberhausen ohne Fremdenfeindlichkeit und Rassismus für Demokratie und Toleranz

für die Bürgerliste Oberhausen - Gruppe im Rat der Stadt
Andrea-Cora Walther

